

En-bloc-Stücke:

Bgm. Nagl:

Meine geschätzten Damen und Herren, ich darf Sie bitten, die Tagesordnung zur Hand zu nehmen. Wir haben wie üblich auch dringliche Stücke der heutigen Sitzung auf die Tagesordnung genommen. Das Stück Nr. 1 haben wir bereits behandelt und beschlossen. Ich darf jetzt wieder jene Stücke aufzählen, wo es vorab schon die Abklärung gegeben hat und wir davon ausgehen können, dass die als beschlossen gelten.

Das sind einstimmig Stück Nr. 3, die Stücke 6, 7, 8 und 9, alle einstimmig. Ebenso einstimmig die Stücke Nr. 10 und 11 der Tagesordnung sowie die Stücke 15 und 16. Beim Stück Nr. 17 gibt es die Gegenstimme vom Herrn GR. Swatek. Stück Nr. 18, Stück Nr. 19 sind einstimmige Stücke über die Geriatischen Gesundheitszentren, vom Nachtrag das Stück Nr. 21 ist auch einstimmig. Auch der zweite Nachtrag, das Stück Nr. 23 mit der Viehzuchtgenossenschaft, die Vertretung im Vorstand, ist auch einstimmig, ebenso die Stücke 24 und 25, wobei ich noch einmal anmerken möchte, dass ich mich schon sehr freue, dass wir jetzt auch den Gehaltsabschluss für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Hause Graz übernehmen. Ich sage es deswegen auch und möchte es hier noch einmal betonen: Wenn die Stadt Graz in den letzten Jahren um fast 60.000 BewohnerInnen gewachsen ist und immer mehr Menschen in dieser Stadt auch arbeiten, haben wir fast mit derselben Vollzeitäquivalentenziffer an Mitarbeitern diese Arbeitsleistung auch vollbracht, was so viel bedeutet, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Arbeit der Stadt Villach, 60.000 Einwohner, oder zweimal Leoben, einfach mitgemacht haben und dafür gebührt ihnen ein Dank auch in Form eines Abschlusses (*Allgem. Appl.*).

- 6.2 Stk. 3) A 5 -004257/2017-15 Aktion „Taxikostenzuschuss für
mobilitätseingeschränkte Menschen" 2019,
Finanzmittelbedarf in der Höhe von insgesamt
€ 350.000,-- auf der FiPos. 1.42910.620600.
Aufwandsgenehmigung nach Beschluss zum VA
2019**

Die erforderliche Aufwandsgenehmigung in der Höhe von € 350.000,-- für den Zeitraum 01.01.2019 bis 31.12.2019 wird erteilt.

Die Bedeckung ist im Budgetentwurf 2019 auf der FiPos. 1.42910.620600 gegeben.

Eine Beschlussfassung der vorliegenden Aufwandsgenehmigung ist erst nach Beschlussfassung des Voranschlages 2019 im Gemeinderat möglich.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

- 6.3 Stk. 6) A 8-19179/2011-12 Wasserversorgungsanlage Herz-Jesu-Viertel II,
BA 210, Annahme des Förderungsvertrages des
Amtes der Steiermärkischen Landesregierung
für eine Förderung in der Höhe von € 8.206,00**

Die Stadt Graz nimmt den folgenden Förderungsvertrag

Bau- abschnitt	GZ-Land ABT 14-34Ga	Gesamtkosten laut PG	Summe der beantragten Landesförderung	Bisher überwiesen	Summe im Fördervertrag
210	107-2018	220.000,00	22.000,00	6.564,00.	8.206,00

des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, vertreten durch die Fachabteilung 14 „Wasserwirtschaft, Ressourcen und Nachhaltigkeit“, vorbehaltlos an.

Der Förderungsvertrag bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**6.4 Stk. 7) A8-077405/2017/0149 Abteilung für Bildung und Integration, GBG
Mieten, Kreditansatzverschiebung in Höhe von
€ 291.000,- in der OG 2018**

Folgende Budgetveränderungen in der OG 2018:

1.21100.700505 „Mietzinse, GBG Mieten“, AOB: ABI € + 291.000

1.95000.650100 „Zinsen für Finanzschulden Inland, Zinsreserve“, AOB: FD, € - 291.000

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**6.5 Stk. 8) A8-77405/2017-0150 Kulturamt und Abt. f. Bildung u. Integration,
Med-Uni Graz, Kreditansatz- und
Eckwertverschiebung in Höhe von € 37.000,- in
der OG 2018**

In der OG 2018 wird die Fipos 1.24000. 757200 „Lfd. Transferz. an priv. Organisationen o. Erwerbszw.“ „Tarifgleichstellung“ um € 37.000,- erhöht und zur Bedeckung die Fipos 1.28000.754000-001 „Lfd. Transferz. an sonst. Träger d. öffentl. Rechts“ „Verschiedene Universitätsförderungen“ um € 37.000,- gekürzt.

Der Eckwert der Abteilung für Bildung und Integration erhöht sich dadurch um € 37.000,- und der Eckwert des Kulturamtes vermindert sich um denselben Betrag.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**6.6 Stk. 9) A 8-52527 /2012-6 Abwasserbeseitigungsanlage BA 73, B.-v-.
Suttner-Friedensbrücke bis Radetzkybrücke,
Annahme des Förderungsvertrages des
Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und
Tourismus für eine Förderung im Nominale von
€ 2.457.000,00**

Die Stadt Graz nimmt den Förderungsvertrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft als Förderungsgeber, vertreten durch die Kommunalkredit Public Consulting GmbH., Wien, Antragsnummer B203195 vom 26.11.2018, mit dem eine Förderung im vorläufigen Nominale von € 2.457.000,00 gewährt wird, vorbehaltlos an. Dieser Förderungsvertrag bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

6.7 Stk.10) A 8 020081/2006/0212 Änderung der Geschäftsbedingungen und der Tarifordnung für Indirekteinleitungen gem. § 32b Wasserrechtsgesetz 1959; Vereinheitlichung der vertraglichen Abwasserentsorgungsentgelte

1. Die angeschlossenen „Geschäftsbedingungen für Indirekteinleitungen in die öffentliche Kanalisationsanlage der Landeshauptstadt Graz" in der geänderten Fassung vom Okt. 2018 werden genehmigt.
2. Die angeschlossene „Tarifordnung für Indirekteinleitungen in die öffentliche Kanalisationsanlage der Landeshauptstadt Graz" vom Okt. 2018 wird genehmigt.
3. Die Holding Graz wird ermächtigt, die vorliegenden Indirekteinleiter-Tarife im Rahmen der Betriebsführung der Abwasseranlage der Stadt Graz einzuheben und selbstständig Wertanpassungen vorzunehmen.
4. Als Mindesttarif für das Entsorgungs-Entgelt für Umlandgemeinden gilt grundsätzlich jener Tarif, der jeweils als hoheitliche Gebühr für den Wassermehrverbrauch zur Anwendung kommt. Die Holding soll mit jenen Umlandgemeinden, die derzeit unter diesem Tarif (ab 1.1.2019 1,05 Euro) liegen, in Verhandlungen treten, um möglichst einvernehmlich eine schrittweise Annäherung an diesen Mindesttarif zu erreichen. Zusätzlich ist für die Zukunft eine jährliche Wertanpassung auf Basis einer Wertsicherungsklausel (ident mit

jener für den Wassermehrverbrauch) zu vereinbaren. Sollte bis November 2019 kein diesbezügliches Einvernehmen hergestellt sein, ist die Holding ermächtigt, per Ende 2019 eine Kündigung des Entsorgungsvertrages auszusprechen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

6.8 Stk. 11) A 8 - 31806/06-111 Stadion Graz-Liebenau Vermögensverwertungs- und Verwaltungs GmbH; Ermächtigung für den Vertreter der Stadt Graz gem § 87 Abs 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967; Umlaufbeschluss, Business-Plan 2019 - 2023

Der Vertreter der Stadt Graz in der Stadion Graz-Liebenau Vermögens-, Verwertungs- und Verwaltungs GmbH, Stadtrat Dr. Günter Riegler, wird ermächtigt, im Umlaufwege insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Abstimmung auf schriftlichem Wege
2. Genehmigung des Business-Plans der Gesellschaft von 2019 bis 2023

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

6.9 Stk. 15) A23-028212/2013/0048 Grazer Umweltförderungen zur Emissions- und Feinstaubreduktion - Förderrichtlinien 2019-2020

(1) Die Änderungen in den Förderrichtlinien

1. Förderung von Fernwärme-Heizungsumstellungen nach sozialen Kriterien
5. Förderung von Photovoltaik-Gemeinschaftsanlagen
10. Förderung einer urbanen Begrünung
11. Förderung von Reparaturmaßnahmen

für die Grazer Umweltförderungen werden in den vorgeschlagenen Fassungen gern. Beilage als Maßnahmen zur Reduktion von Feinstaub und anderen Luftschadstoffen sowie der Ressourcenschonung mit Wirkung gern. Richtlinien genehmigt.

- (2) Förderanträge mit geringen Abweichungen von der jeweiligen Förderrichtlinie können mit der entsprechenden Begründung, je nach Zuständigkeit für die Subventionsgenehmigung, auch vom Stadtsenat bzw. vom zuständigen Stadtsenatsreferenten/ von Stadtsenatsreferentin genehmigt werden.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

6.10 Stk. 16) WG-39853/2016/0030 Umfassende Sanierungen der städtischen Wohnhäuser Eggenberger Straße 18 (nunmehr Waagner-Biro-Straße 1) und Schillerstraße 17

Die adaptierten Gesamtkosten für die Durchführung der umfassenden Sanierungen der städtischen Wohnhäuser Eggenberger Straße 18 (nunmehr Waagner-Biro-Straße 1) und Schillerstraße 17 werden genehmigt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

6.11 Stk. 17) GGZ044170/2013 Neufestsetzung der Gebühren für Parkplätze ab 01.01.2019

Erhöhung der Gebühren für die Parkplatzbenützung mit Wirksamkeit 01.01.2019 wie folgt:

Parkplätze in Tiefgaragen:		Netto	USt.	gesamt
Mitarbeiterinnen der GGZ	monatlich	€ 28,33	€ 5,67	€ 34,00
Fremdmieteerinnen inkl. Mieterinnen Wohnen+	monatlich	€ 90,00	€ 18,00	€ 108,00
Einfahrtsberechtigung Samstag/Sonntag/FT im genehmigten Einzelfall	pro Tag	€ 2,83	€ 0,57	€ 3,40
Parkplätze auf genehmigten Freiflächen der GGZ:				
Mitarbeiterinnen der GGZ	monatlich	€ 18,75	€ 3,75	€ 22,50
FremdmieteerInnen	monatlich	€ 52,50	€ 10,50	€ 63,00
Mieteerinnen Wohnen +	monatlich	€ 45,00	€ 9,00	€ 54,00
BesucherInnenparkplatz	stündlich	€ 1,33	€ 0,27	€ 1,60
	Tageshöchstsat	€ 7,50	€ 1,50	€ 9,00
Einfahrtsberechtigung Samstag/Sonntag/FT im genehmigten Einzelfall	pro Tag	€ 2,83	€ 0,57	€ 3,40

Künftighin sollen die Tarife/Gebühren automatisch angepasst werden. Die Valorisierung erfolgt anhand des von Statistik Austria jährlich verlautbarten Jahresdurchschnittssatzes VPI 2015 (Gesamt). Die Indexierung erfolgt im 3-Jahres-Rhythmus. Es wird auf ganze 10 Cent (brutto) gerundet.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen Neos) angenommen.

6.12 Stk. 18) GGZ6791/2009

Treueprämie für MitarbeiterInnen im Pflegedienst 01.01.2019-31.12.2021

Den im Stück genannten Personenkreis bei Neuaufnahme wird die jeweilige Treueprämie ab 01.01.2019 bis 31.12.2021 gewährt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

6.13 Stk. 19) GGZ 104391/2015 Tarife für Bildungs- und Beratungsangebote der Geriatrischen Gesundheitszentren

Die Gebühren für die Inanspruchnahme von Bildungs- und Beratungsangeboten werden ab 01.01.2019 wie folgt geregelt:

Bildungsangebote:

- Tarif für „Praxiskurse im Albert Schweitzer Trainingszentrum“: € 60/ Kurs/ TeilnehmerIn
- Tarif für Teilnehmer an Bildungsangeboten des Fortbildungskalenders der GGZ: € 250 /Tag; € 125/ Halbtag/TeilnehmerIn

Beratungsangebote:

- Tarif für Hospitationen (bis 5 Personen) [exkl. Verpflegung oder Raummiete/Technik]:
Halbtägig: € 600
Ganztägig: € 1.000
- Tarif für Exkursionen {6-20 Personen) [exkl. Verpflegung oder Raummiete/Technik]:
Halbtägig: € 800
Ganztägig: € 1.500
- Tarif für Einzelberatung (1 Person): € 150/ Stunde

Künftighin sollen die Tarife automatisch angepasst werden. Die Valorisierung erfolgt anhand des von der Statistik Austria verlautbarten Verbraucherpreisindex (VPI) - Revision 2015. Die Indexierung erfolgt im 3-Jahres-Rhythmus. Es wird auf ganze € 1 gerundet.

Der Geschäftsführer der GGZ kann im Einzelfall einen Preisnachlass von bis zu 50 % für karitative Einrichtungen, die in keiner Konkurrenzsituation mit den GGZ stehen, ermöglichen. Wissenschafts- und Projektpartnern kann der Tarif zur Gänze erlassen werden.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**6.14 Stk. 21) A 8-56704/2017-5 Kanalsanierung Wagramer Weg, BA 169,
Annahme des Förderungsvertrages des
Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und
Tourismus für eine Förderung im Nominale von
€ 167.300,00**

Die Stadt Graz nimmt den Förderungsvertrag des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus als Förderungsgeber, vertreten durch die Kommunalkredit Public Consulting GmbH., Wien, Antragsnummer B800127 vom 26.11.2018, mit dem eine Förderung im vorläufigen Nominale von € 167.300,00 gewährt wird, vorbehaltlos an.

Dieser Förderungsvertrag bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**6.15 Stk. 23) Präs. 121742/2018/0001 Viehzuchtgenossenschaft St. Radegund,
Vertretung im Vorstand**

Frau Mag.^a Alexandra Gruber wird an Stelle von Herrn Karl Obenaus als Vertretung der Landeshauptstadt Graz in den Vorstand der Viehzuchtgenossenschaft St. Radegund entsandt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**6.16 Stk. 24) Präs. 11211/2003/129 Gehaltsabschluss 2019;
Präs. 10877 /2003/44 Pensionsanpassung 2019;
Novellierung der Dienst- und Gehaltsordnung
und des Grazer Gemeindevertragsbe-
dienstetengesetzes**

- Die Gehälter der Beamtinnen und Beamten, die Monatsentgelte der Vertragsbediensteten und der Bediensteten mit Sonderverträgen, in denen

keine andere Art der Valorisierung vorgesehen ist, werden mit 1. Jänner 2019 um 2,33 % und um einen Fixbetrag von 19,50 Euro erhöht. Die Nebengebühren und Dienstzulagen mit Ausnahme der Kinderzulage werden um 2,76 % erhöht.

- Die Pensionen der städt. Beamtinnen und Beamten werden um die im Pensionsanpassungsgesetz 2019 vorgesehenen Werte erhöht.
- Die in der Beilage angeschlossenen und einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildenden Entwürfe von Landesgesetzen werden genehmigt. Die Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz sowie das Grazer Gemeindevertragsbedienstetengesetz werden entsprechend geändert.
- Die Gesetzesentwürfe sind dem Amt der Steiermärkischen Landesregierung vorzulegen um die Beschlussfassung im Landtag Steiermark vorzubereiten.
- Die in den angeschlossenen Gesetzesentwürfen vorgesehenen Neuregelungen hinsichtlich Gehaltsabschluss 2019 sind mit dem dafür vorgesehenen Wirksamkeitstermin 1. Jänner 2019 vorschussweise anzuwenden.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**6.17 Stk. 25) Präs. 067963/2018/0003 Verkehrsverbund Steiermark, Vertretung
im Aufsichtsrat und im Lenkungsausschuss**

In die Gremien des Verkehrsverbundes Steiermark werden als Vertretung der Landeshauptstadt Graz entsandt:

Dr. Karl Kamper	stimmberechtigtes Aufsichtsratsmitglied
Dr. Karl Kamper	stimmberechtigtes Lenkungsausschussmitglied
Mag. Susanne Radocha	kooptiertes Lenkungsausschussmitglied
DI Barbara Urban	kooptiertes Lenkungsausschussmitglied

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: StR. Riegler

**6.18 Stk. 2) A 1 - 60683/2018-2
A 8 - 99858/2018-4
STRH-2477 /2018**

Dienstpostenplan 2019

StR Riegler:

Hoher Gemeinderat, der Dienstpostenplan wurde vom Gemeinderat zuletzt am 15. März 2018 mit Wirksamkeit erster April 2018 beschlossen. Aufgrund von aktuellen personalwirtschaftlichen Gegebenheiten sind Anpassungen im Dienstpostenplan erforderlich. Der vorliegende Entwurf umfasst die Neuschaffung von Dienstposten zur Abdeckung von neuen Aufgabenbereichen sowie die Einziehung von freien Dienstposten und die Anpassung von Stellenbewertungen: Geschaffen werden 52 neue Dienstposten, 17 Dienstposten können eingespart werden, 22 Aufwertungen sind zu verzeichnen und sieben Abwertungen. Die neuen zusätzlichen Dienstposten betreffen insbesondere die Bereiche Präsidialamt, BürgerInnenamt, Sozialamt, Straßenamt, Abteilung für Wirtschaft und Tourismus, die Feuerwehr und den Katastrophenschutz, weiters die Bildung und Integration, schlussendlich die Kommunikation. Die Stadt Graz hat nach dem nun hier vorliegenden Dienstpostenplan beinahe 4.000 Mitarbeiter, nämlich 3.983 Mitarbeiter, davon 2.554 im Magistrat, ausgenommen GGZ. In den Geriatrischen Gesundheitszentren, die ganz hervorragende Arbeit leisten, 608 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, zugewiesene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu anderen Unternehmen der Stadt von 798 und sonstige Zuweisungen 23. Ich darf berichten, dass die Ansätze, die hier dem Dienstpostenplan enthalten sind, auch im Budget enthalten waren und darf hiermit, was den Dienstpostenplan betrifft, um Annahme bitten.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem diesem Bericht angeschlossenen und einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildenden Entwurf des Dienstpostenplans 2019 wird zugestimmt.

Der Dienstpostenplan 2019 tritt mit 1.1.2019 in Kraft.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen Grüne und Neos) angenommen.

Berichterstatter: GR. Ing. Lohr

**6.19 Stk. 4) A 7-4924/2015 - 23 **Novellierung der Richtlinien für
landwirtschaftliche ProduzentInnenmärkte in
der Landeshauptstadt Graz nach § 45 Abs. 6 des
Statutes der Landeshauptstadt Graz und
Abänderung der Bezeichnung in Richtlinien für
landwirtschaftliche Märkte aus Eigenproduktion****

GR Lohr:

Hoher Gemeinderat, ein sperriger Betreff, aber es geht um unsere Grazer Bauernmärkte. Mit Gemeinderatsbeschluss vom 7. Juli 2011, novelliert durch den Stadtsenat im September 2017, wurden die Richtlinien für landwirtschaftliche ProduzentInnenmärkte in Graz und darin unter Punkt 15 die Regelung der Marktentgelte beschlossen. Unter Punkt 15 der Richtlinien ist das Marktentgelt für die Benützung der Standplätze auf landwirtschaftlichen ProduzentInnenmärkten nunmehr als landwirtschaftliche Märkte aus Eigenproduktion bezeichnet, pro tatsächlich besuchtem Markttag sowie ein Reservierungsentgelt bei reservierten Standplätzen geregelt. Bisher erfolgt die Entgelteinhebung für den jeweiligen Markttag durch das Marktpersonal ausschließlich in bar, wobei die Einkünfte nicht voll kostendeckend sind. Täglich bar zu kassieren, direkt am Markt, ist nicht mehr zeitgemäß und nicht zuletzt durch die neue Kassenvorschrift, die mit Jänner 2019 in Kraft treten wird, überholt und die Einhaltung aller Vorgaben sind kaum praktikabel. Die Gesamterträge, soll man auch erwähnen, aus den Marktentgelten werden sich durch die Umstellung in Summe wesentlich nicht verändern, da sich die Entgelte im Durchschnitt nicht erhöhen. Aber es wird einen finanziellen Vorteil für alle geben, die regelmäßig

beschicken gegenüber denjenigen, die den Markt nur gelegentlich frequentieren. Die Preisgestaltung soll gleichzeitig den Anreiz schaffen, die ganze Woche zu buchen und auch zu beschicken und damit das Marktgeschehen zu belegen. Stromkosten sind im Entgelt enthalten, werden nicht mehr zusätzlich verrechnet. Eine jährliche Indexierung der Entgelte bleibt vorgesehen. Tarife für die Produzentenmärkte, da darf ich nur beispielsweise für die Wochenmärkte ein, zwei Beispiele aufführen. Da geht es um den Kaiser-Josef-Platz und den Lendplatz. Wenn man die Markttage, Montag bis Samstag, betrachtet, ist das Entgelt pro Tisch oder pro Quartal nunmehr 260 Euro, früher waren 311, Montag bis Mittwoch macht jetzt 100 Euro, früher waren 167, wenn man einen einzelnen Markttag beschickt Montag bis Donnerstag, jetzt vier Euro, vorher waren 3,70, also verkraftbar und der Markttag Freitag und Samstag jetzt sechs Euro, früher auch 3,70.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Änderung der Bezeichnung und Änderung des Punkt 6 und 15, sowie der Streichung des Punkt 7.

Punkt 6

Standplatzvergabe:

Das Marktreferat vergibt Marktstandplätze - nach Abgabe eines Ansuchens auf Buchung eines Standplatzes durch den Bewerber oder die Bewerberin und Vorlage des durch die Landwirtschaftskammer bestätigten ProduzentInnennachweises - durch mündliche Zuweisung durch das diensthabende Marktaufsichtsorgan. Bei der Zuweisung ist auf den zur Verfügung stehenden Raum, die Bedürfnisse der Bevölkerung, wie Nahversorgung, Warenvelfalt und Qualität, weiters auf die Vertrauenswürdigkeit des Bewerbers oder der Bewerberin und auf sonstige öffentliche Interessen Bedacht zu nehmen. Es besteht kein Anspruch auf Zuweisung eines bestimmten Standplatzes bzw. auf Buchung eines bestimmten Ausmaßes an Standplätzen.

Das zugewiesene Standausmaß darf nicht überschritten werden.

Zuweisungen sind nicht übertragbar.

Punkt 7

Reservierung: - wird gestrichen

Punkt 15:

Marktentgelt:

Für die Benützung der Standplätze auf landwirtschaftlichen ProduzentInnenmärkten werden alternativ

- pro Markttag pro Markttisch 6€ mit Monatsende nachverrechnet oder am Nutzungstag von einer Wertkarte abgezogen, oder

- pro Quartal, wobei keine Aliquotierung bei geringerem Nutzungsumfang möglich ist, folgende Benützungsentgelte für die gebuchten Marktflächen einschließlich der Markttische vorgeschrieben, die bis zum 15. des zweiten Quartalsmonats zu entrichten sind. Die Pflicht zur Zahlung des Entgelts entsteht mit der Buchung des Standplatzes bzw. der Markteinrichtung.

a) für die benützte Fläche einschließlich der Bereitstellung eines Markttisches am Kaiser-Josef-Markt oder am Lendplatz

Montag bis Samstag 260€

Montag bis Mittwoch 100€

Donnerstag bis Samstag 200€

b) für die benützte Fläche einschließlich der Bereitstellung eines Markttisches auf einem der folgenden Märkte (Geidorfplatz, Hofbauerplatz, Andritz, St. Peter, Ragnitz, Triester Siedlung, Wetzelsdorf, Straßgang, Gösting, Hofbauer Platz, Hasnerplatz)

1 Wochentag + Samstag 90€

Nur Samstag 55€

Nur Wochentag 50€

c) für die Aufstellung eines Wagens (Anhänger oder Verkaufswagen) je Quadratmeter Verkaufswagen, (1m²)

3x/Woche Do-Sa Gasse vor der Heilandskirche

2x/Woche Mi u. Sa Hofbauerplatz

70€

Sämtliche Beträge gemäß Punkt 15 dieser Richtlinie sind wertgesichert. Sie sind mit Wirkung vom 1. Jänner jeden Jahres in dem Ausmaß zu erhöhen oder zu verringern, in welchem sich der von der Bundesanstalt Statistik Österreich verlaubliche Verbraucherpreisindex 2015 (VPI 2015) oder ein an seine Stelle tretender Index im Zeitraum 1. Oktober bis 30. September des der Anpassung vorangehenden Zeitraums verändert hat. Die geänderten Beträge sind auf volle 10 Cent auf- oder abzurunden (Beträge unter 5 Cent sind abzurunden und Beträge ab 5 Cent sind aufzurunden). Die Höhe der angepassten Beträge sind vor ihrem Wirksamkeitsbeginn im Amtsblatt der Landeshauptstadt Graz zu verlaublichen. Eine angefangene Flächeneinheit ist auf einen vollen m²-Betrag aufzurunden.

Zahlungsbestätigungen sind zur Ermöglichung einer Kontrolle beim Verkaufsstand aufzubewahren und über Verlangen den Marktaufsichtsorganen vorzuweisen.

GR Swatek:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie. Ich persönlich bin davon überzeugt, dass die Regionalität, die Vielfalt, aber auch der Charme auf unseren Märkten vor allem auch durch kleine Bauern kommt. Und diese kleinen Bauern haben oft halt nicht die Ressourcen, dass sie wirklich tagtäglich Märkte beschicken können und diese kleinen Bauern, die leider nicht so oft auf den Märkten stehen können, sondern vielleicht nur am Samstag hinkommen, weil es anders für sie gar nicht auszahlt, in Zukunft stärker mit Gebühren zu belasten, halte ich nicht für den richtigen Weg, um Märkte wirklich zu beleben und deswegen bin ich gegen das Stück (*Appl.*).

GRⁱⁿ Pavlovec-Meixner:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister. Ich war in den letzten Tagen, eigentlich zufällig, öfter auf den Märkten unterwegs und mir ist bereits vergangenen Freitag aufgefallen, dass dieses

Informationsschreiben, das die Marktbeschicker bekommen haben, für ziemliche Aufregungen gesorgt hat und zwar nicht nur bei den kleinen, sondern auch bei den großen Beschickern. Ich habe mir dann das Gemeinderatsstück angeschaut und bin zu dem Schluss gekommen, dass die Gefahr besteht, dass immer weniger kleine AnbieterInnen in Zukunft die Märkte, speziell den Lendmarkt und den Kaiser-Josef-Markt, nutzen werden. Das haben sie mir auch so mitgeteilt, und zwar nicht nur Kleine, sondern auch Größere, die auf mehreren Märkten präsent sind. Es ist einfach so, dass auch die größeren Anbieter die Richtlinie skeptisch sehen und grundsätzlich auf dem Lendmarkt, auf dem Kaiser-Josef-Markt ohnehin schon das Problem besteht, dass es immer weniger StandlerInnen und auch weniger MarktbesucherInnen gibt und unter der Woche die Märkte schon ausgedünnt sind und das ist eigentlich sehr schade, weil wie mein Kollege, der Niko, schon gesagt hat, es gerade diese Möglichkeit, regional einzukaufen, direkt bei dem Produzenten und Produzentinnen einzukaufen, etwas was ja voll im Trend der Zeit liegt. Ich möchte jetzt vielleicht ein Beispiel nennen, weil ich mich am Kaiser-Josef-Platz unterhalten habe. Da gibt es z. Bsp. als Beispiel eine ältere Dame, die hauptsächlich Blumen anbietet und natürlich das nur dann macht, wenn sie auch Blumen hat. Also z. Bsp. in der Maiglöckchenzeit ist sie eben öfter dort und in anderen Zeiten ist sie kaum dort. Und das ist einmal das eine Problem und das zweite Problem, und ich sage das wirklich in aller Eindringlichkeit, das zweite Problem der kleinen BeschickerInnen ist auch, dass sie nicht das Personal haben, um da jetzt oft am Markt zu sein, sondern dass sie selber in den Betrieben arbeiten und dadurch natürlich auch sehr eingeschränkt sind. Und weil Sie, Herr Vizebürgermeister, gesagt haben, in Ihrer Rede vorher und auch zu dem Thema, dass die interne Abstimmung zwischen den Abteilungen sehr gut ist, das mag sein, das freut mich auch, aber gerade in dem Punkt gibt es ein riesiges Bedürfnis an einer Abstimmung mit denen, die vor Ort sind, nämlich mit den MarktbeschickerInnen, hinsichtlich der Richtlinien, aber auch hinsichtlich der von Ihnen genannten Umbaumaßnahmen. Das wurde mir so kommuniziert, dass das alles in einer Schublade liegt und sie nicht genau wissen, was da bevorsteht, aber auch bezüglich Veranstaltungen. Es gibt ja immer wieder Initiativen, um die Märkte zu beleben und gemeinsame Veranstaltungen zu machen, die dann aber wiederum an

Bedingungen geknüpft sind, an gewisse Mitgliedschaften geknüpft sind und ich glaube einfach, da braucht es mehr Kommunikation und ich würde mich total freuen, wenn die stattfinden würde im Sinne der Attraktivierung der Grazer ProduzentInnenmärkte. Und ich möchte auch besonders an die Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP appellieren, das noch einmal zu überdenken, da geht es wirklich um kleine Wirtschaftstreibende. Und tut ihr oft auch sagen, dass ihr die Partei aller Wirtschaftstreibenden seid's und deshalb bringe ich einen Abänderungsantrag ein und zwar, der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen, die vorliegende Novellierung der Richtlinie dahingehend abzuändern, dass es zu keinen Tariferhöhungen für die kleineren AnbieterInnen kommt, die den Markt nur gelegentlich, z. Bsp. ein bis zwei Tage pro Woche, beschicken und zweitens zusätzliche Maßnahmen zur Attraktivierung der Grazer ProduzentInnenmärkte zu entwickeln, die gerade auch kleinere BeschickerInnen und damit die Vielfalt auf den Grazer Bauernmärkten fördern und ich würde mich total freuen, wenn Sie das noch einmal überdenken würden und meinen Abänderungsantrag unterstützen würden (*Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Mit der nunmehr vorliegenden Novellierung der Richtlinien für landwirtschaftliche ProduzentInnenmärkte besteht die Gefahr, dass immer mehr kleine AnbieterInnen aufgrund der Preiserhöhung die Märkte nicht mehr nutzen werden und damit der Lendmarkt, der Kaiser-Josef-Markt und auch die anderen Märkte ihre Vielfalt verlieren würden. Selbst die großen Anbieter auf den genannten Märkten sehen die Preisgestaltung der neuen Richtlinie sehr skeptisch, obwohl sie zu den Begünstigten zählen. Der Markt am Kaiser-Josef-Platz z.B. kämpft mit 2 großen Problemen, immer weniger StandlerInnen und immer weniger MarktbesucherInnen. Unter der Woche ist der Markt schon sehr ausgedünnt, da braucht es dringend Maßnahmen, um diese tolle Möglichkeit, regional und direkt beim Produzenten einzukaufen, von beiden Seiten her (BeschickerInnen und KundInnen) zu beleben.

Aber gerade diese Kleinbetriebe bereichern den Markt mit ihrem besonderen und bunten Angebot.

Daher stelle ich seitens der Grünen – ALG folgenden

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen,

- 1.) die vorliegende Novellierung der Richtlinie dahingehend abzuändern, dass es zu keinen Tarifierhöhungen für die kleineren AnbieterInnen kommt, die den Markt nur gelegentlich bzw. an 1-2 Tagen pro Woche beschicken,*
- 2.) zusätzlich Maßnahmen zur Attraktivierung der Grazer ProduzentInnen-Märkte zu entwickeln, die gerade auch kleinere BeschickerInnen und damit die Vielfalt auf den Grazer Bauernmärkten fördern.*

GRⁱⁿ Braunersreuther:

Ja sehr geehrte KollegInnen, liebe ZuhörerInnen auf der Galerie, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister. Ich kann mich den Argumenten von Niko Swatek und Andrea Pavlovec-Meixner nur anschließen. Auch wir sehen das sehr kritisch und nicht nur wir, sondern auch der Verein freie Bauernmärkte Graz, der ganz richtig argumentiert, EigenproduzentInnen können in der Regel Märkte nicht täglich beschicken. Das hat zwei Gründe, nämlich die Landwirte haben auch Arbeit, die sie tun müssen, damit ihre Produkte wachsen und die können sich keine Angestellten leisten, die regelmäßig für sie auf die Märkte fahren in der Regel. Und der zweite Grund ist der, dass es nicht nur den Kaiser-Josef-Platz gibt und den Lendplatz, sondern zum Glück die Märkte auch nah bei den Menschen in den Bezirken sind und die Märkte z. Bsp. am Hasnerplatz, z. Bsp. in Andritz, die finden einfach nur zweimal in der Woche statt. Die BeschickerInnen können also gar nicht in den Genuss dieser Vergünstigung kommen. Insofern wird es für sie automatisch teurer, teurer aber auch noch aus einem zweiten Grund: Denn

bisher war das so, dass haben ja meine StandlerInnen erzählt, dass sie mit dem, der die Stände aufbaut, der auch das Geld kassiert, absprechen konnten, je nachdem, wie viel Ware sie saisonal haben. Das ist unterschiedlich, das wissen wir alle. Das ist ja auch das Schöne an den Märkten, dass wirklich ökologisch vorbildlich saisonale Ware von den Bauern verkauft wird, das ist halt in manchen Jahreszeiten weniger, konnten sie absprechen, wie viele Tische sie brauchen. Das können sie nach wie vor, zahlen müssen sie allerdings pauschal. Und deswegen wird automatisch teurer, weil man kann halt nicht irgendwie alles auf einen Tisch zusammenrücken, wenn man in der guten Zeit einfach zwei brauchen würde. Insofern wird das nicht nur von uns, sondern auch von diesem Verein sehr kritisch gesehen. Es werden dadurch nämlich die begünstigt, die eigentlich die kommerziellen Anbieter sind und die eigentlich genau diese Neubenennung, dass es zu Märkten aus Eigenproduktion umbenannt wird zu einem lupenreinem Greenwashing verkommen lassen, denn aus Eigenproduktion kann diese Ware oft nicht mehr stammen bzw. stammt sie halt nicht mehr von den Feldern, wo es ökologisch sinnvoll wäre, sondern man ist dann gezwungen, in beheizten Gewächshäusern usw. anzubauen, um dann liefern zu können. Also es sind zwei Argumente, weshalb wir nicht zustimmen können, einmal diese Neoliberalisierung, die da in Kraft tritt, und eine Ungleichbehandlung und wir stimmen deswegen gerne dem Abänderungsantrag der Grünen zu. Halten ihn aber eigentlich noch für ein bisschen zu kurz, diese Bevorzugung dieser täglichen BeschickerInnen ist damit noch nicht abgestellt und die geht wirklich eigentlich zu Lasten der Bauern, denn die werden dann sukzessive verdrängt von den Märkten (*Allgem. Appl.*).

Hötzl:

Ja das war sehr aufheiternd von der KPÖ, die Ansichten, die können wir nicht ganz teilen. Die Stadt Graz, wenn es Ihnen aufgefallen ist, bewirbt das und nicht nur die Stadt Graz, sondern auch der Graz Tourismus bewirbt die Märkte als täglich offen. Speziell beim Graz Tourismus hat das eben auch die Folge, dass Touristen, die das über das Internet raussuchen, hinkommen und dann vielleicht auch eine Enttäuschung

haben, wenn unter der Woche, nämlich außerhalb der Tage Freitag, Samstag, fast nichts los ist auf Märkten. Die Realität ist nämlich so, dass die Tage außerhalb sehr schwach sind und genau hier will dieses Stück eben ansetzen. Es geht in Wirklichkeit um jene Marktbesicker, die auf den Märkten die ganze Woche stehen, weil die sind es, die die Märkte beleben, die den Märkten das Leben und das Flair geben. Ziel dieser Änderung ist es auch, ein Angebot für diese Beschicker zu machen, damit die Märkte wochentags eben wieder mehr belebt werden oder überhaupt belebt werden, weil das momentan eben nicht so der Fall ist. Wir wollen hier ein flexibleres Instrument in der Hand haben, wir wollen nicht haben, dass die Märkte letztendlich nur noch Freitag und Samstag belebt sind und die restlichen Tage mehr oder weniger auf kurz oder lang vielleicht schließen müssen, weil keine Standler mehr da sind. Die Reservierungen, das ist überhaupt ein eigenes Thema, denn Reservierungen werden nicht gestrichen, der Punkt „Reservierung“ wird gestrichen, weil die Reservierungen werden nicht gestrichen, das System bzw. der Unterpunkt hat ja die Bezeichnung des Unterpunktes, bleibt mehr oder weniger gleich, nur bei der Bezeichnung heißt es eben in Zukunft quartalsmäßig der Tarife und unter diesem Punkt findet man da alles. Das heißt, man reserviert nicht mehr auf ein halbes Jahr, sondern einfach nur auf ein Quartal. Das ist der ganze Hokusfokus bei dieser Geschichte. Weiters weist das Marktreferat die Standplätze in gleicher Form wie bisher zu. Hier ändert sich auch nichts, eben bis auf die Reservierungslaufzeit, eben das Quartal, und nicht nur das halbe Jahr. Weiters gibt es keine Extraabrechnung mehr für den Stromverbrauch. Auch dieser ist im Preis bereits enthalten. Die Stadt Graz übernimmt weiterhin, wie bisher, eben das Aufstellen der Tische, das Abbauen der Tische und auch die Platzreinigung nach dem Markt. Also da gibt es schon auch eine großartige Gegenleistung seitens der Stadt Graz. Nebenbei bemerkt werden auch einige Märkte umfassend saniert, wie es unsere Vizebürgermeister Mario Eustacchio heute bereits in seiner Budgetrede erwähnt hat. Also auch hier ist ein Mehrwert wirklich für die Märkte und für die Marktbesicker hier. Man kann jetzt gerne natürlich alles schlechtreden und zerreden und schlechtmachen, aber die einzige Intention, die dieses Stück hat, ist es wirklich, die Märkte wieder zu beleben und das Ganze zu verbessern und noch attraktiver zu

machen. Und zuletzt möchte ich noch sagen: Es hat eine Abstimmung durch das Amt unter den Marktbeschickern gegeben in Form von Gesprächen, wo man ein bisschen die Stimmung erhoben hat und die Rückmeldung von Amt war, dass es eben eine überwiegende Zustimmung zu diesem Gemeinderatsstück geben soll (*Allgem. Appl.*).

GR Haßler:

Ich wollte mich eigentlich nicht zu Wort melden, aber bevor sich die KPÖ in ihrer neoliberalen Falle fängt, vielleicht doch kurz noch eine Aufklärung. Das was die Kollegin von der KPÖ gesagt hat, dass die kleinen Märkte jetzt, die nur ein, zwei Tage offen haben, jetzt teurer werden, das stimmt natürlich nicht, weil im Stück deutlich steht, dass die ja auch billiger werden. Als einziger Unterschied ist eben, dass bei den Ganzwochenmärkten, die, die nur wenige Tage beschicken, die frequenzstärksten Tage sozusagen, dass die dann halt mehr zahlen müssen. Wir werden trotzdem dem Abänderungsantrag der Grünen zustimmen, weil man sich das auch anschauen soll und kann. Werden aber natürlich auch dem Stück zustimmen.

Bgm.-Stv. Eustacchio:

Meine Damen und Herren, ein paar Dinge, die hier es aufzuklären gilt, klarerweise:

a) Der Vorschlag kam von Seiten des zuständigen Amtes, das ist also keine Erfindung jetzt von irgendeinem Politiker, auch nicht von mir, sondern das Amt, das sich dort natürlich gut auskennt, tagtäglich vor Ort ist, hat gesagt, wir müssen eine andere Regelung finden. Das ist eine Vereinfachung der Abrechnung, dass das also nicht täglich cash einkassiert wird, sondern dass das also, so wie es modern ist, auch im Vorfeld einzuzahlen ist. Das ist das eine. Info: Marktsprecher. Wir haben Marktsprecher, mit denen wir uns, ich mich, vorige Woche zusammengesetzt habe über zwei Stunden. Sie informiert habe, die natürlich die Aufgabe haben, auch das an ihre Mitglieder bzw. Kolleginnen und Kollegen weiterzugeben. Ich saß im Oktober mit allen Marktfahrern von allen Märkten zusammen über mehrere Stunden und habe sie

eingehend informiert über die Vorhaben, die wir im nächsten Jahr haben. Natürlich kann ich noch keine Details nennen, weil ja die Planungsvorgänge noch gar nicht begonnen haben. Der Herr Baudirektor sitzt dort drüben und ist schon in den Startlöchern, damit wir das nächste Jahr umsetzen werden können und im Vorfeld werden natürlich all jene, die den Markt beschicken, befahren, dementsprechend vorbereitet und informiert werden. Wir reden immer über das Geld und wir haben uns einfach, das Marktamt hat sich überlegt, wie können wir den Markt besser, wie soll ich sagen, auslasten. Schon erwähnt, danke dir, Herr Gemeinderat Haßler für die Klarstellung. Alle Märkte, die Sie genannt haben, Frau Braunersreuther, sind nicht betroffen, die werden billiger. Ausschließlich der Kaiser-Josef-Platz und der Lendplatz, die größten Märkte, da haben wir vor, eine Veränderung vorzunehmen. Keine Erhöhung der Einnahmen, sondern nur eine Verteilung. Wir haben gesagt, wir möchten gerne die Tage Montag, Dienstag, Mittwoch, die bisher schwach frequentiert sind, stärker frequentieren. Dazu möchten wir ein Angebot liefern, wenn jemand von Montag bis Samstag dort steht, dann zahlt er weniger, wenn jemand am Wochenende, Freitag, Samstag steht, das sind die ganz starken Markttage, da ist natürlich eine höhere Einnahme da, wollen wir den Preis erhöhen. Und jetzt nehme ich nur ein Beispiel, den teuersten Preis, den wir verrechnen, den allerteuersten Preis, alles andere ist günstiger, heraus und sage: Am Samstag stelle ich mich auf den Platz mit einem Tisch und zahle 6 Euro, jetzt neu, und in der Vergangenheit habe ich 3,70 Euro gezahlt, das sind jetzt also 2,30 Euro mehr pro Tag. Für die Leistung, der Tisch wird aufgestellt, der Tisch wird abgebaut, ich krieg den Strom gratis, es wird gesäubert und die Müllabfuhr entsorgt das, das zahlen nämlich auch wir, die Entsorgung des Unrates. Jetzt frage ich Sie, meine Damen und Herren, ist das teuer? Es tut mir wirklich leid, ich habe wenig Verständnis für diese Argumentation, das ist nicht teuer, das ist leistbar und das ist auch fair und gerecht. Die, die oft dort stehen, zahlen ein bisschen weniger, die die in diesen Toptagen dort stehen, zahlen ein bisschen mehr. Das trifft keinen, keiner ist in der Existenz gefährdet, das ist nicht wahr. Und ich glaube, das muss man einmal so sehen (*Allgem. Appl.*) und klarstellen. 80 % der jetzigen Beschicker, für die wird es günstiger und für ca. 20 % wird es ein bisschen teurer. Und das ist die Wahrheit

und dass natürlich da eine Aufregung da ist und dass der eine dem anderen im berühmten System, wie heißt es schnell, stille Post, danke, weitergeht ist klar. Das Angebot, das da ist, das ist ganz klar, jeder einzelne Marktbesucher kann sich mit dem Marktamt zusammensetzen, sagen, wie schaut meine Situation aus, was bedeutet das für mich. Und ich habe die Hoffnung, das ist so, dass der eine oder andere sagt, na gut, dann stelle ich mich auch öfters dorthin und wir beleben diesen Platz. Das ist der einzige Hintergrund, es geht nicht um Mehreinnahmen, im Gegenteil es bleibt völlig gleich. Und damit Sie noch eine Zahl wissen, wir haben Einnahmen über alle Märkte darüber gelegt von 210.000 Euro im Jahr und wir haben Ausgaben von 270.000 Euro. Das heißt, wir finanzieren mit Zuschüssen die Märkte mit 60.000 Euro im Jahr und ich glaube, das ist wirklich ein Pappentier, ich sage es jetzt einmal so und da so zu tun, dass jemand existentiell gefährdet wäre, das tut mir leid, das ist nicht wahr. Und das ist es und mehr ist da nicht dahinter und es war wirklich, das war der Wunsch des Marktamtes und die sagen, das ist so einfach viel besser abzuführen, besser abzuwickeln und es gibt ein All-inclusive-Paket und das ist, glaube ich, ein tolles Angebot. Das wollte ich nur zum Abschluss noch dazu sagen, weil es ja mein Ressort ist.

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos) abgelehnt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, Neos) angenommen.

Berichterstatter: GR. Hötzl

**6.20 Stk. 5) A 8/2 - 037979/2006-31 Änderung der Parkgebühren-Verordnung 2006,
zweite Parkgebühren-Verordnungs-Novelle
2018**

GR Hötzl:

Bei dem Stück geht es um die Änderung der Parkgebühren-Verordnung 2006, nämlich konkret um die zweite Parkgebühren-Verordnungs-Novelle 2018. In diesem Stück geht es um folgende Punkte, nämlich erstens die Anpassung der Parkgebühr ab 25. Februar 2019, nebenbei bemerkt nach mehr als fünf Jahren ohne Erhöhung. Die Kurzparkzonen werden künftig pro halbe Stunde von 90 Cent auf einen Euro erhöht. Die Parkzonen, also die grüne Zone wird pro halbe Stunde auf 0,8 Euro erhöht. Die weiteren Anpassungen, es gibt ja auch Unternehmer-, Dienstnehmer- und BewohnerInnen-karten, Parkkarten, sind aus dem Stück ersichtlich auf Seite 1. Zweitens bei der Gebührenbefreiung für Elektrofahrzeuge gibt es die Änderung, dass künftig die Befreiung auf zwei Jahre befristet wird und pro KFZ auch nur einmal ausgenützt werden darf. Die Plug-In- Hybridfahrzeuge werden aus der Befreiung herausgenommen. Jene Fahrzeuge mit Wasserstoff-Brennstoffzellenantrieb werden dagegen in der Befreiung der Parkgebühr aufgenommen, also für die gibt es künftig eine Befreiung der Parkgebühr. Die Gründe für diese Regelung liegen darin, dass es einen starken Trend gibt, wonach immer mehr Fahrzeughersteller das Hybrid-Modell sozusagen fördern und anbieten und auch verkaufen und die gebührenbefreite Parkraumbewirtschaftung würde sich somit auf kurz oder lang selbst ad absurdum führen, weil eben diese Hybridfahrzeuge immer mehr werden. Zur Information befindet sich im Stück auf Seite 4 eine Aufstellung, aus der ersichtlich ist, dass die Befreiung für E-Fahrzeuge seit Oktober 2014 von 484 Fahrzeug-Befreiungen auf Oktober 2018 auf 3.459 gestiegen. Dieser Anteil entspricht bereits über 13 % der gesamten zur Verfügung stehenden Zonenparkplätze. Der dritte Punkt, die dritte Änderung, betrifft die Einschränkung der gebührenpflichtigen Zeit am 24. und 31.12. 2019. Hier geht es um eine Gebührenbefreiung jeweils ab 13 Uhr. Der vierte Punkt betrifft die Änderung der Parkzone „K“ im Zentralfriedhof bzw. im Nahverkehrsknoten Puntigam per 14.1.2019. Hier geht es um die Rücknahme von 93 Parkplätze aus der Parkzone, also aus der Grünen Zone, in die Gebührenfreiheit am Standort Zentralfriedhof eben. Der Grund liegt darin, dass es seit Einführung dieser Parkzone mit 119 Stellplätzen ursprünglich laut Gemeinderatsbeschluss vom November 2017 zu

einem Ausweichverhalten gekommen ist. Das Ergebnis war, dass es für die Anwohner rund um diese Parkzone zu Problemen gekommen ist, dass es keine gebührenfreien Parkplätze gegeben hat oder der Parkdruck zumindest zu groß gewesen ist und dass die Anwohner dort Probleme bekommen haben. Der Grund für die Einführung der Parkzone war übrigens seinerzeit das Park & Ride Parkhaus am Brauquartier, das durch diese Maßnahme in kurzer Zeit eine 60 %-ige Auslastung erreicht hat, was ja ein positiver Effekt ist. Der letzte Punkt noch, die finanziellen Effekte dieser vorliegenden Novelle belaufen sich im Bereich der Gebührenanpassung auf 2,9 Millionen per anno Mehreinnahmen. Bei der Änderung der Elektrofahrzeugbefreiung auf 350.000 Euro per anno, allerdings erst ab März 2021, weil es eben diese Übergangsfristen für die Hybridfahrzeuge von zwei Jahren gibt. Ich bitte um Annahme (*Allgem. Appl.*).

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Anpassung der Parkgebühren in den Kurzparkzonen und Parkzonen
(Artikel I Z 3,4,7-17 und Artikel II Z 4-5);
2. Änderung der Regelung der Parkgebührenbefreiung für elektrisch angetriebene Fahrzeuge und Fahrzeuge mit Hybridantrieb, deren Batterie zusätzlich extern über das Stromnetz geladen werden kann
(Artikel I Z 5,6 und Artikel II Z 1,2);
3. Einschränkung der parkgebührenpflichtigen Zeiten am 24. und 31. Dezember
(Artikel I Z 2 und Artikel II Z 4);
4. Änderung der bewirtschafteten Flächen bei der Parkzone K, sofern der Zentralfriedhof betroffen ist
(Artikel I Z 1 und Artikel II Z 3).

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (17.55 Uhr).

GRⁱⁿ Ussner:

Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen, liebe Zuschauer auf der Tribüne. Generell ist das Stück sicher ein Schritt in die richtige Richtung, aber es sind Babyschritte. Also wir haben die Parkgebühren seit sechs Jahren nicht erhöht und jetzt um großartige 20 bzw. 10 Cent und das ist halt, wenn man sich den Verlauf der Öffis-Tickets anschaut, halt doch ein bisschen mau. Es ist anzunehmen, dass sich die Parkpreise vor der nächsten Wahl nicht mehr erhöhen werden und wenn sich die Öffi-Preise trotzdem so weiterentwickeln, dann stehen wir in ein paar Jahren vor einer Schere von 2 Euro für eine Stunde parken zu 2,60, 2,70 für eine Stunde Öffis. Und, wenn man wirklich progressive gescheite Verkehrspolitik für die Stadt betreiben will, dann müsste es eigentlich mindestens umgekehrt sein dieses Preisverhältnis. Was wir auch nicht so ganz verstehen, ist, warum die grüne Zone höher erhöht wird als die blaue Zone? Weil somit schafft man wieder nur einen weiteren Anreiz, um die Autos weiter in Richtung Innenstadt zu holen. Das konterkariert ja auch den eigentlichen Zweck der grünen Zone. Was noch anzumerken ist, ist die Zweijahresbefristung der E-Autos, ist generell nichts Schlechtes, aber wir haben ein bisschen die Befürchtung, dadurch dass es auf das Auto, auf das Fahrzeug gedacht ist und nicht auf Lenker oder Lenkerin, nur dadurch halt eine ungewollte Neuwagenförderung haben könnte für Oberklasse, Mittelklasse, was aus ökologischer Sicht nicht vertretbar ist. Das Stück ist halt wieder das beste Beispiel dafür, dass die Geschwindigkeit, in der wir unsere Verkehrspolitik betreiben, nicht zeitgemäß ist, für den Schlamassel, in dem wir stecken. Ich weiß nicht, ob Sie sich generell in Ihrer Freizeit, in Ihrem Alltag mit Klimawandel beschäftigen, ich schon, und letzte Woche war ja die cop24 in Polen. Da hat Österreich einen Negativpreis bekommen, nämlich das Fossil des Jahres für die fehlenden Klimaschutzmaßnahmen. Dort ist auch analysiert worden, dass unsere Hauptprobleme im Bereich Verkehr und Energie liegen und weil wir heute so oft gehört haben, wie großartig das ist, wie die Stadt Graz wächst und wir sind ja die zweigrößte Stadt Österreichs, ist da sicherlich viel mehr, was wir tun könnten. Und mir wird ja oft von Kolleginnen und Kollegen entgegengebracht, ja, was soll denn die Stadt Graz gegen den Klimawandel machen? Wir sind ja in einem so großen System. Wenn Sie sich wirklich noch ernsthaft

diese Frage stellen, dann haben Sie Ihre Verantwortung nicht ganz verstanden. Die liegt nämlich wirklich genau im Verkehrsbereich für Graz und das ist wirklich ein Thema, wo wir so weit hinten sind. Ja, was noch? Wir werden gegen die ersten zwei Punkte dieses Stückes stimmen, weil wir eben für richtige Klimapolitik im Verkehrsbereich stehen und nicht für solche Scheinmaßnahmen, die dann im Endeffekt, wenn man sich die Schere dann anschaut in ein paar Jahren zwischen einer Stunde Parkticket und einer Stunde Öffi-Ticket, wieder nur den Autoverkehr begünstigen. Also da brauchen wir wirklich andere Maßnahmen mittlerweile. Den SPÖ-Antrag, da werden wir mitstimmen, weil eine Förderung der sanften Mobilität einfach nur mit den nötigen Investitionen funktioniert. Danke (*Allgem. Appl.*).

GR Mag. **Muhr:**

Sehr geehrte Gäste, sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder des Stadtsenates, liebe Kolleginnen, Kollegen. Gebührenpflichtige Parkplätze stellen einerseits eine wichtige Einnahmequelle dar, sind aber andererseits auch ein wichtiges verkehrspolitisches Lenkungsinstrument. Und dieses Lenkungsinstrument ist ja genau für Graz besonders wichtig, da unsere Stadt wächst, wir haben das ja heute schon x-mal gehört und ein Blick auf die Entwicklungszahlen bestätigt ja diesen Trend. Was aber im Gegenzug nicht wächst, das ist der öffentliche Raum für Freizeit, für Wohnumfeldqualität und für die Mobilität. Und nicht verkehrsgerechte Stadt kann jetzt unser Ziel sein, sondern es muss unser Ziel sein, einen stadtgerechten und menschengerechten Verkehr zu installieren. Und dazu ist es auch notwendig, das Mobilitätsverhalten und insbesondere den Modal Split zu ändern und zwar in Richtung sanfte Mobilität. Es ist also notwendig, neben dem Fußgängerverkehr auch den Radfahrverkehr und den öffentlichen Verkehr massiv zu fördern. Und wenn diese Fördermittel jetzt da zusätzlich noch aus der Parkraumbewirtschaftung fließen, dann können wir darunter unter Umständen sogar bewusstseinsbildende Maßnahmen ableiten. Und aus diesem Grund stelle ich im Namen der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den Abänderungsantrag zu Punkt 1, also die Anpassung der Parkgebühren in den

Kurzparkzonen, Parkzonen Artikel, so weiter und so weiter, ist zu ergänzen: Die daraus resultierenden Mehreinnahmen sind je zur Hälfte für die Attraktivierung bzw. Maßnahmen für den Radfahrverkehr und für den öffentlichen Verkehr in Graz zur Verfügung stellen. Danke, ich bitte um Annahme (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Gebührenpflichtige Parkzonen stellen zwar selbstverständlich eine wichtige Einnahmemöglichkeit dar, sind aber in erster Linie als eines der wesentlichsten verkehrspolitischen Lenkungsinstrumentarien zu sehen. Dies gilt ganz besonders für den städtischen Bereich: Graz wächst stetig und das sehr deutlich – was die Bevölkerungszahl anbelangt. Was nicht wächst, was nicht erweiterbar ist, das ist aber der öffentliche Raum, der für Bewegung, für Freizeit, für Wohnumfeldqualität und selbstverständlich auch für Mobilität steht. Nicht zuletzt deshalb sollte immer wieder mit aller Vehemenz verdeutlicht werden, dass nicht die verkehrsgerechte Stadt Ziel sein kann, – vielmehr entspricht wohl stadtgerechter und damit menschengerechter Verkehr den Intentionen aller, die in Graz leben, wohnen, arbeiten. Dies bedeutet aber, das Mobilitätsverhalten im städtischen Raum zu ändern, den Modal Split zu verändern – in Richtung sanfte Mobilität. In diesem Sinne wird es wichtig sein, neben dem Fußgängerverkehr speziell auch den Radfahrverkehr und den öffentlichen Verkehr massiv zu fördern – und wenn es offensichtlich ist, dass dafür Gelder aus der Parkraumbewirtschaftung fließen, kann dies durchaus als bewusstseinsbildender Part verstanden werden.

Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher nachfolgenden

Abänderungsantrag:

Betreffend Punkt 1: Anpassung der Parkgebühren in den Kurzparkzonen und Parkzonen (Artikel I Z 3,4,7-17 und Artikel II Z 4-5) ist zu ergänzen:

„Die daraus resultierenden Mehreinnahmen sind je zur Hälfte für die Attraktivierung bzw. Maßnahmen für den Radfahrverkehr und für den öffentlichen Verkehr in Graz zur Verfügung zu stellen.“

GR Eber:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich darf zuerst unseren Abänderungsantrag verlesen und sage dann ein bisschen was dazu. Der Gemeinderat wolle beschließen, der Antragstext wird in Punkt 1 folgendermaßen geändert: Anpassung der Parkgebühren in den Kurzparkzonen und Parkzonen, die Anhebung der BewohnerInnentarife wird jedoch vorerst ausgesetzt. Sie erfolgt mit gesonderter Beschlussfassung im Gemeinderat erst nach Umsetzung diverser geeigneter Maßnahmen zur Verringerung der Parkplatznot für BewohnerInnen, wie z. Bsp. Ausdehnung der täglichen Gültigkeit der Kurzpark- bzw. Parkzonen. Eigene Parkzonen für BewohnerInnen udgl.

Was möchten wir damit sozusagen erreichen? Wir haben das Problem, dass gerade im innerstädtischen Bereich es für die Bewohner sehr schwierig ist, tatsächlich einen Parkplatz zu bekommen, auch wenn sie eine Ausnahmegenehmigung haben. Und die Innenstadtbewohner sind einerseits überhaupt nicht empört über eine Preiserhöhung, allerdings möchten sie das schon verbinden auch mit der Möglichkeit, tatsächlich einen Parkplatz zu finden und deswegen glaube ich, ist es durchaus notwendig, dass man da auch, gerade weil uns die Bewohnerschaft hier viel wert sein soll, dass man da Möglichkeiten in der Innenstadt (*lacht*) ...

Zwischenruf unverständlich.

Eber:

... in der Innenstadt Parkmöglichkeiten natürlich für die Bewohner schafft und das heißt für uns etwa, dass man eben die Zeiten ausdehnt auf 21, 22 Uhr oder auch, dass man vorhandene Parkplätze teilweise natürlich nur reserviert für die Bewohner und Bewohnerinnen, eventuell auch erst ab einer bestimmten Zeit. Ansonsten die Gebührenerhöhung in den Park- und Kurzparkzonen ist meines Erachtens eine relativ geringe, weswegen wir uns grundsätzlich da ja auch vorstellen könnten, hier mitzugehen, was ja auch (*lacht*), weil, wie Sie ja wissen, auch nicht immer vorgekommen ist in der Vergangenheit. Aber nach sechs Jahren, glaube ich, ist es tatsächlich so, dass man diese geringfügige Erhöhung mittragen könnte, ansonsten allerdings möchte oder muss ich da schon auch sagen, das Argument für uns kann natürlich nicht sein, naja, der öffentliche Verkehr, die Fahrscheine dort werden immer teurer, deswegen soll der Individualverkehr (*lacht*) da sozusagen die Parkgebühren für den Individualverkehr nachziehen, sondern wir sind natürlich dafür, dass der ÖV nicht weiter erhöht wird, zumindest einmal oder im Idealfall natürlich sogar günstiger wird. Die anderen Punkte, also auch was die elektrisch angetriebenen Fahrzeuge angeht, da glaube ich, ist es tatsächlich sinnvoll, dass man da eine sogenannte Ausschleifregelung sozusagen findet (*lacht*), die Zahlen sind ja eh im Stück. Mit 3.500 Ausnahmegenehmigungen für Elektrofahrzeuge, die keine Parkgebühren bezahlen müssen, ist man, glaube ich, schon langsam am Plafond angelangt und da muss man da natürlich auch in Zukunft Möglichkeiten finden, also die auch entsprechend zur Kassa zu bitten. Punkt 3 und Punkt 4 werden wir jedenfalls ebenfalls auch zustimmen. Dankeschön (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Eine Anhebung der Parkgebühren in der Kurzparkzone sowie in der Parkzone führt nicht automatisch zu einer Verbesserung der Parksituation für BewohnerInnen. Daher ist eine Anhebung der BewohnerInnen-Tarife nicht zu rechtfertigen, solange nicht sinnvolle

Begleitmaßnahmen getroffen werden, die die Parkplatznot der Betroffenen zu verringern in der Lage sind.

Ich stelle namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs daher folgenden

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Antragstext wird in Punkt 1 folgendermaßen geändert:

„Anpassung der Parkgebühren in den Kurzparkzonen und Parkzonen.

Die Anhebung der BewohnerInnen-Tarife wird jedoch vorerst ausgesetzt. Sie erfolgt mit gesonderter Beschlussfassung im Gemeinderat erst nach Umsetzung diverser geeigneter Maßnahmen zur Verringerung der Parkplatznot für BewohnerInnen, wie z. B. Ausdehnung der täglichen Gültigkeit der Kurzpark- bzw. Parkzonen, eigene Parkzonen für BewohnerInnen u. dgl.“.

GR Swatek:

Am 31.10.2018 waren in Österreich genau 4.974.724 Personenkraftfahrzeuge angemeldet. Davon waren unglaubliche 0,4 % Elektrofahrzeuge. Das sind in absoluten Zahlen ganze 19.700 Stück. Und auch wenn jetzt vielleicht die eine oder andere Zahl, in der es so aussieht, Prozentzahlen, so aussieht, dass die Elektroautos uns überrollen, groß wirkt, sieht man einfach, dass das nicht viele Autos sind. Und ich glaube, dass die aktive Förderung, so wie es hier geplant ist, grundsätzlich in die richtige Richtung geht, aber sie lässt einen großen Teil unberücksichtigt und der ist, dass diese Förderung nur noch eine Ausnahmeregelung für zwei Jahre pro Neukauf ist. Und das große Problem bei Elektroautos ist jetzt eigentlich auch nicht wirklich der Neukauf an sich, weil es gibt Leute, die können sich das Elektroauto leisten, das immer leider derzeit noch immer ein bisschen teurer ist als die gleiche Fahrzeugklasse auf normalen Diesel oder Benzinern.

Aber, wo wir hin müssen, ist vor allem auch, den Gebrauchtwagenmarkt zu fördern. Denn Elektroautos am Gebrauchtwagenmarkt sind ziemlich unsexy, muss man offen und ehrlich sagen, weil die Bürgerinnen und Bürger Angst haben, dass die Akkumulatoren nicht funktionieren, weil es da Garantieprobleme geben könnte, kommt auf den Anbieter drauf an und vor allem auch, weil sie halt im Vergleich zum Benziner wieder teurer sind und ich hätte gerne diese Förderung insofern, in die Richtung gerne gehabt, als dass man eine Zweijahresausnahme pro Person, ohne Familie natürlich, wo man eh auch Steuern zahlt, aber das sind Details, und nicht nur auf Neuzulassungen macht. Weil so fährt man halt eigentlich am großen Ziel der Förderung der Elektromobilität vorbei (*Appl.*).

GR Topf:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, werte Stadtregierung, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne. Ich denke, dass die Erhöhung ein moderates Modell darstellt. Ich denke schon, dass diese Gebührenerhöhung durchaus im Rahmen in Ordnung geht. Ich möchte aber schon darauf hinweisen, weil wieder der ÖV angesprochen wird. Wir haben gerade gehört, in der Darstellung des Budgets, dass wir allein im Jahr 50 Millionen für die Abdeckung bei der Holding einbringen müssen pro Jahr und durchaus in der mittelfristigen Planung in etwa 250 Millionen Euro direkt in den ÖV investieren. Ich glaube, das ist keine kleine Summe, die wir hier tatsächlich im Budget untergebracht haben und ich denke schon, dass das der richtige Schritt in die richtige Richtung ist. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, weil das insbesondere von der KPÖ, von dir, Manfred, angesprochen wurde, das Thema „Parken in der Innenstadt“ versus möglicherweise die eine oder andere Situation oder Situierung einer Sammelgarage. Das müssen wir wirklich im Detail ausdiskutieren, denn beides durchzusetzen oder umzusetzen, einerseits sozusagen die Parkmöglichkeit in der Stadt zu garantieren und auf der anderen Seite eine Sammelgarage, wo sie auch immer stattfinden könnte, nicht zuzustimmen, das

wird einfach nicht funktionieren. Also ich denke schon, dass wir im Verkehrsausschuss wieder darüber nachdenken müssen, wie in welcher Form wir Sammelgaragen, in welcher Form und in welcher Position oder in welcher Situierung sie auch durchgesetzt bzw. umgesetzt werden sollten. Sollte man tatsächlich in den nächsten Ausschüssen, des Verkehrsausschusses, durchdiskutieren. Denn beides sozusagen auf einen Nenner zu bringen, keine Sammelgarage, und andererseits auch die Situation, was die Erhöhung der Gebühren betrifft in der blauen Zone, das wird sich auf die Dauer nicht ausgehen. Ich denke, dass diese Anpassung moderat ist und wir werden natürlich dieser Anpassung zustimmen und noch einmal der Hinweis auf die hohen Investitionen, im ÖV mittelfristig 250 Millionen und jährliche Abdeckung des Abgangs bei 50 Millionen, ist durchaus ein großer Brocken, wenn ich das so darstellen darf (Allgem. Appl.).

Der Abänderungsantrag der KPÖ wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ und SPÖ) abgelehnt.

Der Abänderungsantrag der SPÖ wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Neos) abgelehnt.

Der Tagesordnungspunkt 5 wurde wie folgt angenommen.

1) mehrheitlich gegen Grün, SPÖ, Neos

2) mehrheitlich gegen Grün und Neos

3) einstimmig

4) einstimmig

Berichterstatter: GR. Mag. Egger

- 6.21 Stk. 12) A8 - 20081/2006 - 214 Holding Graz - Kommunale Dienstleistungen GmbH, Sparte Management und Beteiligungen, „Naherholungsgebiet und Anbindung Thalersee/Plabutsch“- Grundsatzbeschluss; Attraktivierungskonzept und Revitalisierung, Restaurant**
A8 - 21515/2006 - 244
- 1.) Ermächtigung für den Vertreter der Stadt Graz gem § 87 Abs 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967**

GR Egger:

Ja, Herr Bürgermeister, werte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne. Nach dem ersten Höhepunkt des Budgets wird es jetzt wahrscheinlich einen zweiten Höhenpunkt geben in der Diskussion. Nämlich die Diskussion um ein Projekt, das schon vielfältig diskutiert wurde. Es geht in dem Antrag um eine Stimmrechtsermächtigung für den zuständigen Stadtsenatsreferenten in den zwei Gesellschaften, nämlich der GBG und der Generalversammlung der Graz Holding. Wir haben 2017 im September einen Gemeinderatsbeschluss gefasst, mit dem Auftrag, dass die Holding erste Planungsarbeiten in Angriff nimmt für dieses Projekt. Diese Ergebnisse wurden jetzt vorgestellt und jetzt geht es darum, die nächsten Schritte zu gehen. In dem Projekt geht es jedenfalls darum, zusätzlich zum Schöckel und zusätzlich zum Schloßberg ein weiteres Naherholungsgebiet zu erschließen. Wir werden in der Stadt Graz im Jahr 2034 ca. 330.000 Menschen leben haben und es geht einfach darum, ein Naherholungsgebiet zu erschließen, das man mit einem öffentlichen Verkehrsmittel erreichen kann, das man auch dementsprechend umweltfreundlich erreichen kann und wo es darum geht auch, dass dementsprechend zeitgemäß ganzjährig ein Angebot stattfindet. Nachdem man ja eh noch in die Diskussion kommen werden, trage ich jetzt relativ simpel den Antrag vor: Der Gemeinderat wolle oder solle beschließen, dass der Vertreter der Stadt Graz in der Generalversammlung der Holding Graz sowie der GBG,

in dem Fall in beiden Gesellschaften, Dr. Günter Riegler ermächtigt wird, mittels Umlaufbeschluss folgenden Anträgen zuzustimmen:

- 1.) Zustimmung zur Beschlussfassung im Umlaufwege gemäß § 34 GmbH-Gesetz,
- 2.) Zustimmung zur Ausarbeitung der Detailplanung für die Gondelerschließung mit weiteren Investitionskosten in der Höhe von 0,5 Millionen Euro sowie
- 3.) Zustimmung zur Revitalisierung des Thalersee-Restaurants mit Investitionskosten in der Höhe von 3,4 Millionen Euro.

Ich bitte um Annahme (*Allgem. Appl.*).

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Generalversammlung der Holding Graz - Kommunale Dienstleistungen GmbH sowie der GBG Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH, in beiden StR Dr. Günter Riegler, wird ermächtigt, mittels Umlaufbeschluss folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Zustimmung zur Beschlussfassung im Umlaufwege gem. § 34 GmbHG
2. Zustimmung zur Ausarbeitung der Detailplanung für die Gondelerschließung mit weiteren Investitionskosten i.H.v. 0,5 Mio Euro sowie
3. Zustimmung zur Revitalisierung des Thalersee-Restaurants mit Investitionskosten i.H.v. 3,4 Mio Euro

GR Eber:

Abänderungsantrag (*lacht*). Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir haben hier einen Abänderungsantrag, den ich zunächst einmal verlesen möchte und somit einbringe, der Gemeinderat wolle beschließen. Bevor weitere Beschlüsse zur Realisierung eines Gondelkonzeptes über den Plabutsch nach Thal getroffen werden, ist die Grazer Bevölkerung umfassend zu informieren und mittels

Volksbefragung in den Entscheidungsprozess einzubinden. Das Votum der Grazerinnen und Grazer ist bindend (*Allgem. Appl.*).

Soweit der Antrag, also diese Idee mit der Plabutschgondel. Nachdem der Herr Bürgermeister (*lacht*) jetzt ja wieder da ist, möchte ich auch sagen, auch wenn er nicht zuhört (*lacht*), entschuldige, passt (*lacht*). Der Herr Bürgermeister hat ja vorher zum Budget noch gemeint, Luftschlösser und hat da gesagt, wie er das da mitteilt. Ich habe ja nicht von Luftschlössern gesprochen in meinem Redebeitrag, eben genau deswegen, weil ich ja die Befürchtung habe, dass das ernst gemeint ist und dass natürlich eine Mehrheit hier im Gemeinderat tatsächlich darangehen könnte, das umzusetzen. Aus unterschiedlichsten Gründen haben wir uns dagegen ausgesprochen gegen diese Seilbahn, gegen diese Gondel über den Plabutsch, hat ökologische Gründe, hat finanzielle Gründe. Ich glaube auch, dass es den Hügel, müsste man sagen, dass es dem Hügel nicht guttut, wenn da jetzt 1000 und zigtausende Menschen im Jahr zusätzlich hinauftransportiert werden sozusagen, sondern wenn dann geworben wird in Broschüren damit, dass man da unberührte Wälder, unberührte Natur vorfindet. Dann glaube ich, ist das schon jetzt nicht der Fall und das wird sich keinesfalls verbessern. Also jetzt ist es gerade noch so, denke ich mir, dass sich diese unterschiedlichen Nutzungsorte am Plabutsch gerade noch ausgehen, sozusagen. Also Spaziergänger, Leute, die halt was essen gehen wollen, da oben, Mountainbiker, wie auch immer, also das geht noch. Aber, wenn man da jetzt eben eine Gondel raufbaut, dann wird es nach meinem Erachten schon etwas zu eng. Nun sind wir da natürlich nicht die Einzigen, die diese Befürchtungen haben und es freut mich auch, dass im Zuhörerbereich der Herr Franz Stigler-Hameter ist, der ja selbst 2000 Unterschriften oder etwas über 2000 Unterschriften online gesammelt hat. Da ist das Problem allerdings und das möchte ich schon auch sagen, gerade Sie, Herr Bürgermeister, der Sie sehr oft von Bürgerbeteiligung, von Einbeziehung der Bevölkerung usw. sprechen, Sie haben es leider nicht wert gefunden, ihn zurückzurufen oder rückrufen zu lassen und der Herr Hameter wartet jetzt noch auf einen Termin, um Ihnen die Unterschriften auch persönlich überreichen zu können und natürlich auch mit Ihnen persönlich über seine Befürchtungen und Kritikpunkte, die er da natürlich auch hat, diskutieren zu können.

Damit habe ich alles gesagt, für das Erste, wer weiß, vielleicht melde ich mich noch einmal (*lacht*) (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Die Plabutschgondel samt Nebenkosten würde das Grazer Budget mit mehr als 41 Mio. Euro belasten. Als Mobilitätslösung für die Grazer Bevölkerung ist sie weder gedacht noch geeignet. Mehrere Tierarten (darunter Uhu, Huifeisennase, Gämse) würden durch den Bau der Plabutschseilbahn gefährdet bzw. stark beeinträchtigt, rund 7 Hektar Wald müssten gerodet werden. Hinzu kommen zu erwartende Lärmimmissionen und Verkehrsprobleme. All diese Aspekte stehen dem Attraktivierungsgedanken von Plabutsch und Thalersee entgegen. Es ist daher nur logisch und sinnvoll, die Grazer Bevölkerung in diesen weitreichenden Entscheidungsprozess über den Bau einer Seilbahn über den Plabutsch zum Thalersee einzubinden.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Bevor weitere Beschlüsse zur Realisierung eines Gondelkonzeptes über den Plabutsch nach Thal getroffen werden, ist die Grazer Bevölkerung umfassend zu informieren und mittels Volksbefragung in den Entscheidungsprozess einzubinden. Das Votum der Grazerinnen und Grazer ist bindend.

Sippel:

Schönen guten Abend. Ich glaube, man sollte Visionen eine Chance geben. Wir haben ja heute schon von Luftschlössern gesprochen, wir haben sie auch positiv konnotiert.

Das ist gut so und wir sagen, diese Vision soll auch eine Chance bekommen und es startet jetzt die Planungsphase. Da gilt es auch die Pros und Kontras abzuwiegen, aber ich bin der Meinung, man sollte das alles der Reihe nach machen. Unser Vorschlag bzw. unser Zugang ist, das Ganze auch dreistufig abzuführen. Als Erstes einmal, und da gebe ich der KPÖ Recht, die Bürger informieren. Klar, das werden wir auch machen. Das wird passieren, da gibt es die Möglichkeit, Bürgerversammlungen abzuhalten. Da werden wir auch unsere Medien dazu nutzen, um hier eine brauchbare und auch ausgewogene Information zu starten. Der zweite Punkt Beteiligung ganz, ganz wichtig. Es wird einen Beteiligungsprozess geben, das steht ja auch sogar im Stück drinnen. Da werden wir auch vielleicht neue Wege gehen. Es gibt ja einen Bürgerbeteiligungsbeirat. Also die werden da auf jeden Fall intensiv mitarbeiten, dass dieses Projekt auch sich nicht sagen lassen muss, dass da keine Beteiligung stattgefunden hat. Und sollte dann noch immer der Bedarf bestehen, das wird man ja dann sehen in diesem Prozess, ja dann können wir auch über direkte Demokratie nachdenken. Aber alles der Reihe nach. Und jetzt möchte ich schon, was, wie der Herr Krotzer da so unruhig neben mir herumrutscht, einiges zur KPÖ auch sagen, und zwar ihr habt ja anscheinend die direkte Demokratie als Steckenpferd für euch erkannt.

Undeutliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

Sippel:

...immer, würde ich nicht dazu sagen. Also ich glaube aber, die FPÖ ist aber weit voraus. Aber eines ist klar. Eurer Vorgehen ist durchschaubar. Weil ihr befragt immer nur, oder wollt immer nur befragen, also über Dinge, die euch in den Kram passen. Wo ihr politisch Profit herausziehen wollt. Das ist in Wirklichkeit die Wahrheit. Und wenn ihr dann direkte demokratische Prozeduren beantragt, denn dann sind sie nicht einmal geschäftsordnungsmäßig. Und das ist auch ...

Zwischenruf GRⁱⁿ Kahr: Wer sagt das?

Sippel:

Ja, das kann ich dir sagen, liebe Elke, wenn da steht, das Votum der Grazerinnen und Grazer ist bindend, das ist verfassungswidrig. Das kann niemals bindend sein. Das kann nur eine Empfehlung, das kann nur eine Empfehlung an den Gemeinderat sein und der Gemeinderat entscheidet letztlich. Und insofern ist der Antrag bereits verfassungswidrig. Das Gleiche war im Übrigen auch (*Allgem. Appl.*), und mich wundert, dass er eigentlich noch auf der Tagesordnung ist, das muss ich auch dazu sagen, um das Gleiche war im Übrigen bei Olympia der Fall. Ihr habt nur das Glück gehabt, dass Olympia vorher abgeblasen worden ist, weil dieser Antrag, den ihr da eingebracht habt, war in Wirklichkeit auch verfassungswidrig.

Undeutliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

Sippel:

Und das Gleiche beim Murkraftwerk. Dort hat euch auch erst der Verwaltungsgerichtshof erklären müssen, dass das so nicht geht. Ihr seid zu spät dahergekommen, habt darauf beharrt und dann hat euch der Verwaltungsgerichtshof erklärt, dass das so nicht geht. Und selbst bei Grottenhof, da habt ihr Unterschriften gesammelt, das ist ja ...

Unverständlicher Zwischenruf.

Sippel:

... das war nicht verfassungswidrig. Aber ihr habt da die Bürger über etwas abstimmen lassen in einer Volksbefragung, die viel Geld gekostet hat, wo die Stadt Graz ja gar nichts entscheiden hätte können. Es ist jetzt vom Land dieses Grundstück, diese 53.000 m² verkauft worden, im Übrigen gegen unsere Stimmen im Landtag. Also ihr habt die Bevölkerung über etwas befragen lassen, was sie gar nicht entscheiden kann. Und das ist auch, wenn man ganz ehrlich ist, nicht redlich. Also da habt ihr ein bisschen bei KPÖ und direkter Demokratie. Aber ich frage dich jetzt, weil du auch so herumhupfst in den Reihen, lieber Kollege Eber, ich frage dich jetzt etwas. Wärest du auch bereit, Bürgerbefragung, eine Volksbefragung, was auch immer, durchzuführen, wenn es um die Kulturförderungen geht? Fragen wir doch die Grazer, ob sie damit einverstanden sind, dass 4,3 Millionen Euro jährlich für Kulturinstitutionen aufgewendet werden? Also ich bin der Meinung, Kulturförderung ist selbstverständlich auch eine gute Sache. Auch wenn man im Detail anderer Meinung sein kann. Aber ich glaube auch, Naherholung zu fördern oder Kultur zu fördern, das ist ja beides gleichwertig. Also das heißt, wir können ja auch die Grazer befragen, ob sie vier Millionen Euro jährlich über drei Jahre hinweg für die Kultur ausgeben wollen? Das können wir gleichwertig machen. Das heißt, das ist ja der Beweis dafür, dass ihr euch nur immer das herauspickt, was euch genehm ist. Insofern wenig glaubwürdig, das heißt direkte Demokratie ist ok, aber machen wir es bitte der Reihe nach. Legen wir einmal alles auf den Tisch, alle Pros und Kontras. Informieren wir die Grazer und wenn dann noch Redebedarf ist, wenn dann noch tatsächlich Dinge ungeklärt sind, dann machen wir auch eine direkt-demokratische Abstimmung. Aber vielleicht, und das wäre auch interessant, vielleicht fordern wir als Erstes einmal das Land auf, dass sie endlich mit dem Volksrechtegesetz weitertun, weil ich glaube, das wäre einmal der erste Schritt, dass man vielfältig auch in Zukunft direkte Demokratie möglich machen (*Allgem. Appl.*).

GRiⁿ Pavlovec-Meixner:

Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Kurt. Ich möchte vielleicht zum Anfang sagen, dass wir über das Thema Kulturförderungen ja noch ein Stück auf der Tagesordnung haben und ich glaube, da können wir auch die Diskussion führen, die du angefangen hast, Armin. Und ich möchte auch vorausschicken, dass vor kurzem eine Sitzung stattgefunden hat zum Thema direkte Demokratie im Parlament und da war von der ÖVP und der FPÖ niemand anwesend aus dem Regierungsteam (*Appl.*), das sagt schon einiges aus, das sagt schon einiges aus. Blöde Frage, ja, das sagt schon einiges aus über den Stellenwert von direkter Demokratie. Ich habe vor kurzem auf die Vorhabensliste der Stadt Graz geschaut und da ist ja dieses Projekt angeführt. Es steht dort aber eindeutig, BürgerInnenbeteiligung nein. Deshalb wundere ich mich ein bisschen jetzt über die Ausführungen von dir, Armin. Ich habe in der letzten Gemeinderatssitzung gefragt, ob es möglich ist, die Machbarkeitsstudie, die ja vorliegt, zu veröffentlichen, damit alle Grazerinnen und Grazer Einsicht nehmen können in diese Machbarkeitsstudie zur Plabutschgondel. Das wurde abgelehnt und ich glaube überhaupt, dass die Leitlinien für BürgerInnenbeteiligung, die wir in Graz haben, mittlerweile obsolet sind. Ich glaube das auch deshalb, weil der Herr Bürgermeister angekündigt hat vor dem Sommer, glaube ich, dass das überarbeitet werden muss und dass er im Herbst ein neues Konzept vorstellen wird, das uns bis dato nicht bekannt ist. Es ist aber so, dass nicht nur die Bevölkerung nicht einbezogen werden soll, es ist ja noch viel schlimmer. Es ist auch so, dass das enorme Know-how der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Graz, der Abteilungen der Stadt Graz, auf das wurde größtenteils nicht zurückgegriffen bei der Planung dieser Gondel. Es gab keine interne Abstimmung und eine solche Vorgangsweise kann man nur als arrogant bezeichnen. Und es geht weiter so, worum es sich bei den 500.000 Euro Planungskosten, Detailplanungskosten, genau handelt, erschließt sich aus dem Gemeinderatsstück nicht. Ja, Herr Bürgermeister, uns Grünen ist ein verbessertes Angebot für Naherholung sehr wichtig. Eine Naherholung, die auch ohne Privat-PKW möglich ist. Deshalb war es auch so, dass wir uns eingehend mit dem Projekt beschäftigt haben und auch viel mit den Menschen geredet haben. Und die

Frage ist ja nicht oder nicht nur, ob eine Gondel auf dem Plabutsch das ist, was die Grazerinnen und Grazer sich wünschen. Die Frage ist vielmehr, was die GrazerInnen sich wünschen, was den Plabutsch betrifft. Vielleicht ein verbessertes Angebot an Wanderwegen, mehr Mountainbikestrecken, an Spielplätzen im Wald, vielleicht ein naturkundliches Angebot, vielleicht Tierschutz, vielleicht dass der Plabutsch, der Wald am Plabutsch, erhalten bleibt, der ohnehin sehr in Mitleidenschaft gezogen wurde. Mit unserem Abänderungsantrag möchten wir einen ergebnisoffenen Beteiligungsprozess starten, in dem alle Grazerinnen und Grazer die Möglichkeit haben, ihre Wünsche einzubringen, gehört zu werden und in die Planung für einen attraktivierte Naherholung am Plabutsch eingebunden zu werden. Uns geht es dabei um die Qualität der Einbindung der Grazer Bevölkerung.

Jetzt komme ich zu meinem Abänderungsantrag: Die vorgestellte Projektplanung der Gondel auf den Plabutsch beinhaltet eine Reihe höchst kritischer Punkte, zum einen sind das die geplanten Transportkapazitäten bis zu 1.600 Personen pro Stunde. Also wo da irgendwie eine sanfte Naherholung sein soll, weiß ich nicht. Es ist total überdimensioniert und aus unserer Sicht mit einer sanften Erschließung des Plabutsch nicht vereinbar. Weiters nimmt die geplante Trassenführung, und das habe ich schon im Februar thematisiert, keine Rücksicht auf geschützte Tierarten und die Kosten sind auch deutlich erhöht. Und es bewegt eben viele Grazerinnen und Grazer und gerade in den Bezirken Eggenberg und Gösting. Wir sehen es daher als ein Gebot der Stunde an, die Bevölkerung einzubinden in einen Planungsprozess, dass die Ideen der Grazerinnen und Grazer gehört werden und am Ende in den Planungsprozess und in die Planungen für das Naherholungsgebiet Plabutsch in einem ergebnisoffenen Beteiligungsprozess eingebunden werden. Ich stelle daher folgenden

Abänderungsantrag:

Die zuständige Abteilung der Stadt Graz wird beauftragt, einen ergebnisoffenen BürgerInnenbeteiligungsprozess mit dem Ziel auf- und umzusetzen, die Ideen der Grazerinnen und Grazer für eine sanfte Attraktivierung des Naherholungsgebietes

Plabutsch zu erkunden und in die Planung von Maßnahmen einzubeziehen. Die Planungen und nächsten Schritte für eine Gondel werden bis zum Vorliegen der Ergebnisse des Beteiligungsprozesses ausgesetzt. Ich bitte um Annahme dieses Abänderungsantrags auch im Sinne eines Erstnehmens von dem, was BürgerInnenbeteiligung heißt. Danke (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Die vorgestellte Projektplanung der Gondel auf den Plabutsch beinhaltet eine Reihe höchst kritischer Punkte. Zum einen sind die geplanten Transportkapazitäten (bis zu 1.600 Personen pro Stunde) überdimensioniert und mit einer sanften Erschließung des Plabutsch nicht vereinbar. So nimmt die gewählte Trassenführung keine Rücksicht auf geschützte Tierarten und außerdem verursacht sie deutlich höhere Kosten, als ursprünglich angegeben. Diese und weitere Bedenken bewegen viele Grazerinnen und Grazer gerade in Eggenberg und Gösting. Wir sehen es als das Gebot der Stunde an, ein solch großes Projekt nicht an den Bedürfnissen und Wünschen, aber auch an den Sorgen und offenen Fragen der Bevölkerung vorbei, weiter zu betreiben, ohne die Ideen der Grazerinnen und Grazer zu hören und am Ende auch in die Planungen für das Naherholungsgebiet Plabutsch einzubinden.

Ich stelle daher folgenden

Abänderungsantrag:

Die zuständige Abteilung der Stadt Graz wird beauftragt, einen ergebnisoffenen BürgerInnenbeteiligungs-Prozess mit dem Ziel auf- und umzusetzen, die Ideen der Grazerinnen und Grazer für eine sanfte Attraktivierung des Naherholungsgebietes Plabutsch zu erkunden und in die Planung von Maßnahmen einzubeziehen. Die Planungen und nächsten Schritte für eine Gondel werden bis zum Vorliegen der Ergebnisse des Beteiligungsprozesses ausgesetzt.

GR Swatek:

Am 21. September letzten Jahres wurde hier im Gemeinderat schon ein Beschluss gefällt, um in der Holding Graz 500.000 Euro frei zu machen zur Konzepterstellung und zur Machbarkeitsanalyse rund um das Projekt samt Seilbahn. Und alles, was wir seitdem bekommen habe, nicht nur wir Gemeinderäte, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, sind diese vermutlich sehr teuren Renderings und CGI-Effekte und coolen Videos darüber, wie das später einmal ausschauen könnte. In Wirklichkeit, Zahlen, Daten, Fakten, bis auf die Summe der Kapazität, haben wir alle nicht bekommen und jetzt haben wir heute wieder hier einen Gemeinderatsbeschluss, wo wir zusätzlich zu dem bereits beschlossenen Geld noch einmal Geld nachschütten sollen und noch einmal einen Beschluss fassen sollen, um noch weiter in die Planung zu gehen, ohne dass wir eigentlich den jetzigen Stand der Planung schon kennen. Und das finde ich eigentlich ein bisserl unverantwortlich. Nicht nur den Grazerinnen und Grazern gegenüber, sondern auch uns Gemeinderäten, weil es ist auch eigentlich nicht respektvoll, uns hier Informationen vorzuenthalten, Machbaranalysen nicht offenzulegen, die in den eigenen Schubladen zu behalten, in den Hinterzimmern zu diskutieren und nicht offenen und ehrlichen Diskurs zu führen, weil den führen wir ehrlich gesagt nicht. Was wir als Opposition mitreden können, ist, probieren wir es, probieren wir es nicht, findet man es gut, findet man es nicht gut, aber wir diskutieren ja alle nicht mit Zahlen und Fakten und das ist ja das grundsätzliche Problem, das wir in diesem Haus oft führen. Und offene Fragen wird es eigentlich genug geben. Welche Folgekosten kommen auf uns zu, welchen Einfluss hat es auf die Umwelt, wie schaut es aus, wenn man die Plabutschgondel haben, läuft dann die Seilbahn am Schöckel eigentlich noch halbwegs positiv? Oder teilen sich die Leute so auf, dass beide eigentlich sich orientieren? Wie schaut es eigentlich aus, warum wir da eine Kapazität von 1.600 Personen in der Stunde brauchen? Es gibt Schigebiete, die weitaus weniger haben und da fahren die Leute den ganzen Tag rauf und runter. Bei uns werden die Leute vielleicht einmal runtermarschieren, das dauert schon einmal ewig. Ob das, die Kapazität, wirklich Sinn ergibt, ist auch fraglich. Und diese ganzen offenen Fragen, dieser fehlende Informationsfluss und vor allem auch, dass man einfach hier versucht,

wieder einen Grundsatzbeschluss zu fassen, ohne wirklich Bürgerinnen und Bürger einzubinden, finde ich, geht einfach nicht und ist dem Haus auch nicht würdig und deshalb stimme ich auch nicht zu (*Allgem. Appl.*).

GR Hassler:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer. Kann mich noch relativ genau an das Jahr 2014 erinnern, ich glaube, das war der Mai. Da haben wir hier im Gemeinderat einen Beschluss gefasst, um das Grundstück oben und das Restaurant am Thalersee zu kaufen. Ich glaube, es ist um 1,25 Millionen Euro gegangen und voller Empörung ist da am Rednerpult, ich glaube, der Armin Sippel, auf jeden Fall ein Vertreter der FPÖ, gestanden und hat gesagt, dass so etwas nicht geht und es hat am Ende dazu geführt, dass die damalige Budgetpartnerschaft zwischen ÖVP, SPÖ und FPÖ zerbrochen ist an diesen 1,25 Millionen. Heute steht die gleiche FPÖ da am Rednerpult und sagt, wir machen das step by step. Zuerst die ersten 500.000, dann die zweiten 500.000. Also eine Million und dann werden wir einmal eine Entscheidung treffen. Ich erinnere auch daran, dass, ich glaub, das war 2008, 2009, dass da ein junger ambitionierter Stadtrat gestanden ist, der gesagt hat, Graz hat eine Milliarde Schulden, inzwischen haben wir deutlich mehr. Und wir müssen uns jetzt am Riemen reißen und nur mehr Projekte beschließen, die unbedingt notwendig sind für diese Stadt. Wenn der Mario Eustacchio einmal in den Spiegel schaut, dann wird er den Stadtrat wiedererkennen, natürlich ein bisschen älter geworden, vielleicht gibt es auch eine andere Meinung. Wahrscheinlich, so wie es ausschaut. Aber auf jeden Fall ist die FPÖ da sehr wankelmütig und ich glaube, braucht nicht mit dem Zeigefinger jetzt auf KPÖ oder andere zeigen. Bei uns ist die Situation eine sehr klare. Wir waren immer für den Thalersee und die Erschließung, und zwar für die sanfte Erschließung, und sind es immer noch. Das heißt, wir haben damals, da war ich sogar federführend mit dabei, dafür gekämpft, dass wir das da oben erwerben. Wir haben auch dafür gekämpft, dass man aus dem Thalersee und dem Restaurant was machen. Wir sind auch für eine sanfte Erschließung des Plabutsches,

aber wir sind nicht für diese Gondel, weil wir sie für maßlos übertrieben und nicht notwendig halten. Sie ist viel zu teuer und der Plabutsch ist aus unserer Sicht nicht mit dem Schöckel vergleichbar. Das kann man da, glaube ich, in aller Deutlichkeit sagen. Deshalb von unserer Seite ein klares Ja zum Thalersee und dem Ausbau des Restaurants. Auch bitte getrennte Abstimmung und ein Nein zur Gondel. Ja auch zu den beiden vorliegenden Anträgen zwecks Bürgerbefragung, aber ein Blick zur FPÖ, die das immer sehr, sehr proklamiert, wenn ihr davon so überzeugt seid, glaube ich, ist das ein sehr gutes Beispiel, wo man das auch machen könnte. Und nachdem ich noch ein bisschen Zeit habe, möchte ich, nachdem Weihnachten ist und der Bürgermeister heute auch sehr viel zum Thema Visionen für Graz usw. gesprochen hat, habe ich mir nach der Rede des Bürgermeisters kurz überlegt, ob ich auch eine Vision unter den Weihnachtsbaum legen könnte und zwar habe ich es mir gar nicht einfach gemacht: Meine Vision hat für mich den Anspruch gehabt, sie sollte umweltfreundlich sein, sie sollte außerhalb von Graz Beachtung finden, sie sollte leistbar sein, also das Budget kaum belasten, und sie sollte unsere Leitthemen oder Leitvisionsthemen der letzten Jahre, das Thema Gondel und Murschiffahrt, beinhalten. Ich habe kurz nachgedacht und bin darauf gekommen, Venedig bietet die Lösung. Nehmen wir die Gondolieri von Venedig, geben sie auf die Mur und machen eine Gondolieri-Linie von der Seifenfabrik bis zum Kunsthaus, und hätten wir alles mit einem Schlag gelöst. Danke (*Allgem. Appl.*).

GR Frölich:

Herr Bürgermeister, meine geschätzten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Da ist das Licht ausgefallen. Na macht nichts. Heute ist eine ganz lustige Stimmung, ist mir aufgefallen. Also wir spüren doch von Seiten der KPÖ, aber auch der Grünen und des Neos einen forcierten verbalen Aktionismus. Das wird mit Zahlen unterfüttert, die offensichtlich verwechselt werden. Irgendwo fehlt am Ende des Tages die intellektuelle Klarheit aller Aussagen, weil ich habe mir das schnell durchgerechnet. Wir wissen, die maximale Kapazität der Gondel soll bei 1.600 Personen pro Tag liegen.

Die Holding rechnet uns vor in den Unterlagen, die uns bis heute vorliegen, dass man mit bis ca. 140.000 Gästen pro Jahr rechnet, das versteht man hier unter sanftem Tourismus. Das sollte das angestrebte Ziel sein. Wenn wir die maximale Tageskapazität hernehmen und auf das Jahr umlegen, dann müssten 5,8 Millionen Leute mit der Gondel im Jahr fahren. Also da haben wieder ein paar die Ziffern verwechselt. Aber, entweder geht es nicht anders ...

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

Frölich:

... entweder geht es nicht anders oder es ist Absicht. Fakt ist eines, dass man einfach sehen muss, dass im Westen von Graz einfach das stärkste Bevölkerungswachstum in den nächsten Jahren stattfinden wird. Wir sind stolz darauf, wir haben mutige Projekte in Graz in den vergangenen Jahren gesehen. Das hat historisch begonnen mit einem Plabutschtunnel, das hat mit dem Schöckel begonnen, zu dem man natürlich mit dem Auto fahren muss. Wo man die Gondel nahezu kostendeckend mit einer schwarzen Null mittlerweile betreibt. Das hat damit zu tun, dass man auch am Schöckel mutig sich Ideen umgesetzt hat und in Graz ein Naheerholungsangebot macht. Das Gleiche ist jetzt vorgesehen. Ich habe eine Liste, dass wir politisch zu diesem Gondelprojekt stehen, brauche ich nicht wiederholen. Die Liste ist lang, was die KPÖ alles abgelehnt hat. Ich sage Ihnen, unser Graz würde aussehen, wenn wir das nicht alles umgesetzt hätten. Das geht vom Kunsthaus über die umgebaute Messe, der Dom im Berg, der Schloßberglift, die Drehung der Kasematten, das Standortcafé beim Uhrturm Aiola, der Umbau des Schloßbergrestaurants, Green City in Straßgang, überall njet, njet, njet, vom Speicherkanal usw. haben wir schon geredet, die Augartengestaltung usw. Also da steht natürlich ein billiges populistisches Kalkül dahinter. Es muss dann im Stadtblattl wieder drinnen stehen, wir haben eh nein gesagt. Das ist mir mittlerweile viel zu billig, man kehrt hier die Moralisten heraus, die immer den Zeigefinger heben und die sich

dort kratzen, wo es die anderen juckt. Das ist langsam nicht mehr lustig, fast schon unerträglich, wir stehen zum Gondelprojekt. Ich glaube, der Kurt Egger will auch noch was sagen. Wir haben oft die gleichen Ideen und er wird euch noch ein paar lustige Sachen sagen, warum das also wirklich sich auszahlt, zu diesem Gondelprojekt zu stehen und diese wirklich schwache Argumentationskette, mit der ihr durch die Gegend mäandert, einfach nicht zuzulassen (*Allgem. Appl.*).

Swatek:

Nur tatsächlich berichtigen und weil Sie da mit „schwach“ ihre Rede geendet haben, Herr Kollege Frölich. Schwach von Ihnen finde ich es, dass Sie scheinbar die eigenen Unterlagen, die hier an die Gemeinderäte ausgeschickt werden, nicht lesen. Dem heutigen Beschluss liegt eine Unterlage bei im Format PDF unter dem Titel „Projektdarstellung“, die ist voll mit den wunderbaren Renderings und wenn man die wunderbaren Renderings mal ignoriert, steht hier, Förderleistung: 1.000 bis 1.600 Personen pro Stunde in alle Richtungen und das ist nicht pro Tag, so wie sie gerade behauptet haben.

Undeutliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

Swatek:

Ja, hat er nicht.

Undeutliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

Applaus aus den Reihen des Gemeinderates.

Bgm. Nagl:

Er hat sich zwar versprochen, aber sein Rechenbeispiel war richtig. Oja, wennst das mal 12 Stunden rechnet, aber dazu kommen wir dann eh noch.

StRⁱⁿ Kahr:

Irgendwie sind wir da schon alle in einer launigen Stimmung, aber es ist letztendlich schon ein sehr ernstes Thema. Aber wir sind überhaupt keine Moralisten, ich weiß nicht, von wem das gekommen ist? Sondern was wir aber tun, wir nehmen Themen sehr ernst und versuchen, immer genau zu sein und ich möchte jetzt da schon eingehen auf den Kollegen Frölich mit seiner Njet-Partei und wie das Gesicht von der Stadt Graz ausschauen würde, wenn es die KPÖ, ich sage das soziale Gesicht und das, was Sie heute groß von sozialer Wärme und was weiß ich alles ihr spricht, dass Graz noch immer so dasteht, und zwar soziales Gesicht hat, das hat sehr viel mit der KPÖ in Graz zu tun. Die Almosen, von denen ihr spricht, das ist meine Entscheidung und die von Robert. Was wir mit unserem Gehalt machen, das geht euch nichts an. Euch sind nämlich letztendlich, ihr seid so weit weg von manchen Sorgen und Problemen, aber das ist unsere Sache (*Allgem. Appl.*).

Undeutliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

StRⁱⁿ Kahr:

Aber das Graz das soziale Gesicht bewahrt und auf das man durchaus stolz sein können gemeinsam und ihr ja letztendlich auch immer zugestimmt habt's, hat in letzter Konsequenz sehr, sehr viel mit der KPÖ zu tun. Kautionsfonds, dass unsere Gemeindewohnungen nicht über das Dach den Leuten zusammengefallen sind, weil die waren in einem Zustand, wo jeder am Absatz umgedreht ist, bevor er hineingegangen ist. Dass die Gemeindewohnungen noch im Eigentum sind der Stadt Graz. Dass wir eine Mietzinszahlung in Graz haben, die ist übrigens nicht mit euren Stimmen beschlossen worden ...

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Gmeinbauer**: Ihr habt dagegen gestimmt.*

StRⁱⁿ Kahr:

... die ist auch durch eine Unterschriftensammlung durchgesetzt worden, um nur so viel zu sagen. Und Gott sei Dank gibt es sie. In letzter Konsequenz ist es einstimmig angenommen worden und Gott sei Dank gibt es sie und das weiß Vizebürgermeister Eustacchio, der jetzt für das Wohnen zuständig ist, auch durchaus zu schätzen. Auch, dass es den Kautionsfonds dort gibt (*Appl.*). Aber was auch interessant ist, immer zu sagen, was die Oppositionsparteien hier für was sie stehen können und nicht ihr tut wirklich so, als wenn ihr da die absolute Mehrheit und irgendwie die ganze Stadt im Griff hättet. Ihr müsst eines bedenken, das Rechenbeispiel und rechnet selber einmal nach. Ihr habt 45 % der Stimmen, die zur Wahl gegangen sind. Genauer genommen, ÖVP und FPÖ repräsentieren hier 66.000 Stimmen der gesamten Grazer Bevölkerung. SPÖ, Grüne, Neos und KPÖ repräsentieren hier im Haus 54.000 Stimmen. Gar nicht jetzt zu rechnen die Menschen, die gar nicht zur Wahl gegangen sind. Das Demokratieverständnis ist das, dass ihr nicht so tun könnt, als wie wenn nur eure Meinung gilt. Wir vertreten auch die andere Seite der Grazer Bevölkerung und aus diesem Grund werden wir uns auch künftighin erlauben, zu manchen Projekten nicht nur nein zu sagen, sondern auch, wenn es gar nicht geht, im Bündnis mit der Bevölkerung für Bürgerbeteiligung einzutreten (*Allgem. Appl.*). Und dann zum Konkreten ist es nichts anderes, als dass wir von unserer Fraktion sagen, ja, das deckt sich mit der Haltung vom Kollegen Haßler, ja für die sanfte Erschließung des Thalersees, des Restaurants, das saniert gehört, das ist gut und richtig. Es wäre auch besser, wenn ein öffentliches Verkehrsmittel in einer stärkeren Taktung rausfährt zum Thalersee, auch zum Plabutsch, dass man dort gewisse Verbesserungen macht. Wir sagen einzig und allein nur nein zu dem Gondelprojekt. Und das muss in einer Demokratie auch aushaltbar sein und dürft ihr nicht so empfindlich sein (*Allgem. Appl.*).

Bgm. Nagl:

Gibt's jetzt ein paar Dinge, auf die ich gerne replizieren möchte. Also wenn ich da genau zuhöre, ist das Wesen des Kommunismus Bürgerbeteiligung.

Lautes Lachen im Gemeinderatssaal.

Bgm. Nagl:

Ihr verfolgt nach wie vor kommunistische Ideen. Ich kenne kein Land, in dem Menschen, die unter Kommunisten leben müssen, irgendwas gefragt werden. Und jetzt komme ich zu einem wichtigen Punkt und da geht es um Überheblichkeit. Liebe Frau Stadträtin Kahr, das ist ziemlich überheblich zu sagen, wir vertreten quasi die Schwachen. Ihr seid's nur die Einzigen, die ununterbrochen drauf hinweisen, was sie tun. Es gibt in dieser Stadt und auch in diesem Gemeinderat und sogar in der Stadtregierung genügend Politikerinnen und Politiker, die was tun. Die lassen das nur nicht dauernd raushängen und plakatieren, dass sie was Gutes tun. Wir tun Gutes (*Allgem. Appl.*). Wir tun Gutes. Frau Gemeinderätin, glauben Sie, das ist Überheblichkeit. Glauben Sie ja nicht, dass Sozialdemokraten seit 1945 in dieser Stadt nicht für Soziales gesorgt haben. Glauben Sie ja nicht, dass bis zum Bürgermeister hin, jeder von uns auch Sozialprojekte unterstützt und tut, dass wir in vielen Vereinen sind. Das ist eine Überheblichkeit zu sagen, nur wir sind es und wir sind das Antlitz des Guten. Das stimmt nicht und es ist auch Zeit, dass wir einmal ein paar Dinge aufzeigen. Es gibt nämlich einen großen Unterschied und den habe ich heute schon einmal erwähnt. Ich habe gesagt, es gibt Menschen, die dann Stücke einbringen und es gibt auch Politikerinnen und Politiker, die fast keine Stücke einbringen, da aber alles kritisieren.

Bgm. Nagl:

Bei der Bilanz, die ich heute gezeigt habe, fünf Prozent KPÖ bei zwei Stadträten. Wo sind die Stücke, die Ideen?

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: In Planung!

Nagl:

Wo sind denn die Dinge, außer Ankündigungen? Und jetzt möchte ich noch etwas sagen. Weil das ist mir heute wichtig. Damit es auch einmal gesagt wird, weil die Frau Stadträtin Kahr da jetzt hergeht und so tut, als würdet ihr immer die Welt retten. Ich habe nach 20 Jahren Wohnungspolitik der KPÖ immer nur eine Antwort bekommen. Die Wohnungsnot steigt, ihr seid's 20 Jahre verantwortlich gewesen, die Wohnungsnot steigt, die Wohnungsnot steigt. Das ist ja so ähnlich, wie wenn ich die ganze Zeit als Wirtschaftsreferent nur mehr sage: Meine Güte, ich brauche mehr Geld, weil die Arbeitslosigkeit steigt.

Zwischenruf GRⁱⁿ Kahr unverständlich.

Bgm. Nagl:

Ja bei uns ist noch etwas passiert. Ihr habt es jedes Mal gesagt. Aber ihr wart verantwortlich und es hat sich nichts verändert. Es ist interessant für mich, dass manche Medienvertreter das auch immer so hinnehmen. Das ist der eine Punkt. Und jetzt komme ich zur Vorausschau und zu den Dingen, die uns da vorgeworfen werden in puncto Plabutsch. Es ist der Bürgermeister, der damalige Bürgermeister, SPÖ-Bürgermeister von Thal zu mir gekommen, mit dem Gipsfuß sogar, und hat gesagt: Herr Bürgermeister, jetzt sei bitte so gut, du musst helfen. Wir haben das Geld nicht,

das Gasthaus und das Grundstück werden verkauft, wenn das ein privater Investor kauft, dann ist es für die Öffentlichkeit und als Naherholung für immer weg. So, ich habe über Nacht eine schnelle Geschichte gemacht und wir haben es gekauft. Hat in der damaligen Dreierkonstellation auch den Herr Vizebürgermeister und die FPÖ verärgert, weil wir nicht richtig kommuniziert haben und die gesagt haben, auf der Basis wollen wir nicht weiterarbeiten und das hat aber nichts mit dem Kauf des Areals zu tun gehabt, sondern die Art und Weise, dass wir das so schnell gemacht haben und die FPÖ nicht informiert gehabt haben. Und jetzt komme ich zu der Geschichte, dass wir in Graz jetzt schon 330.000 Menschen haben und dass wird massiv wachsen, wir wissen das. Und wenn es massiv wächst, dann wächst auch die Bautätigkeit in der Stadt und wir werden uns um Freiräume kümmern müssen. Und wir haben uns jetzt um den Freiraum außerhalb der Stadt gekümmert, das ist Radegund. Wir haben ein nächstes Projekt entdeckt und da geht es nicht nur um den Plabutsch, der als Hügel bezeichnet worden ist. Es ist der höchste Hausberg der Stadt Graz. Bist ein Tiroler, dann geht's net. Gut, dann sei dir verziehen. Aber, für tirolerisch rede ich guat. Also für uns meine Lieben, ist das auch ein ganz wichtiger Hausberg. Also er ist einmal der höchste Berg der Landeshauptstadt Graz und es geht nicht nur um die Erschließung des Berges. Es geht um die Erschließung eines großen Naherholungsgebietes Thal und jetzt könnte ich ableiten und sagen, ich weiß z. Bsp., ich weiß es, ich habe mich erkundigt, dass über 700, fast 800 Menschen aus Thal in Graz arbeiten. Das sind jeden Tag, und das verspreche ich euch, mindestens 500 Autos. Alle werden den Öffi-Verkehr nicht nutzen. Ich glaube, dass diese Menschen künftig ihr Auto stehen lassen werden und über den Berg herübergondeln werden. Erspart uns 500 bis 800 Auto jeden Tag. Das könnten wir einmal positiv sehen. Wir wissen, dass es in Thal draußen einen Golfplatz gibt. Wir wissen, dass es eine Langlaufloipe, die wir wieder bespielen können. Wir wissen, dass es dort ein Ausflugsziel für Jung und Alt gibt. Mir sagen viele Menschen, ihr wisst ja immer gleich, wer dagegen ist, ist sage euch einmal, was mir die Menschen sagen, die ich in Thal treffe, weil die müssen wir auch miteinbeziehen. Die Menschen, die ich treffe, die zu mir kommen und die sagen: Meine Güte, ich bin schon so alt, ich tue mich schon schwer mit dem Gehen. Aber, Herr Bürgermeister, wenn Sie

das wirklich bauen, ich habe eine Riesenfreude, dann komme ich mit der Straßenbahn und mit der Gondel wieder auf den Berg und könnte auf dieses wunderschöne Weltkulturerbe und den Uhrturm herüberschauen. Und stellt euch vor, auch Menschen mit Kinderwägen kommen zu mir, Mütter und Väter, die sagen: Meine Güte, es ist eh so schwer, weil zum Teil kannst du, selbst wenn du in Eggenberg oder Gösting wohnst, gar nicht gescheit auf den Plabutsch hinaufgehen, weil fast alle Wege abgeschnitten sind. Weil jeder, der dort ein Einfamilienhaus oder ein Zweifamilienhaus oder Siedlung baut, hat alles abgesperrt und du kommst gar nicht durchhinauf. Das ist die Möglichkeit. Es heißt, es geht um den gesamten Naherholungsraum nach Thal hinaus, über den wir uns Gedanken machen müssen. Und es wird nicht jede Gondel voll sein und sie wird auch nicht jeden Tag voll sein. Aber es gilt auch dort Ordnung zu machen und es ist schon spannend, dass der Radfahrer am Plabutsch mit dem Jäger, mit dem Zufußgeher usw. ein Problem hat, so wie es am Schöckel war. Das Problem kommt sowieso auf uns zu. Wir können es nur ordnen und schlichten und sortieren. Und jetzt haben wir eine Idee, die man da umsetzen wollen und wo wir jetzt in die Planungsschritte gehen, um noch mehr Details zu haben. Man soll immer alles schon fertig haben, aber Planungsgelder soll man keine beschließen dürfen. Weil das wäre quasi dann auch eine Katastrophe und das ist der Grund, weil man weit nach vorne schauen müssen, weil es werden drei-, vierhunderttausend Menschen sein und ich sage gleich, welchen Naherholungsraum wir uns noch einmal anschauen sollten, das ist nämlich der ganze Bereich Schwarzl Freizeitzentrum, wo wir eh schon ein bisschen kooperieren, aber das noch verstärkt tun müssen, weil jetzt fahren die Leute überall mit den Autos hin. Wir sollten jetzt darüber nachdenken und da habe ich Wolfgang Malik, der heute auch anwesend ist, schon gebeten, darüber nachzudenken, ob nicht eine der Straßenbahnlinien dann direkt bis zur Gondel fahren könnte, weil dann brauchen wir nicht einmal 200 m gehen, was für viele auch wichtig wäre. Gehen tust, aber wir sollten auch bei den Straßenbahnprojekten über das nachdenken. Und dann wird sich in den nächsten Jahren genauso viel entwickeln, wie es sich in Radegund und am Schöckel entwickelt hat. Das war ja auch nicht klar und weil gefragt worden ist, was sind die Kosten, die danach da sind? Es ist nicht leicht, die Investition wieder

hereinzuverdienen. Aber nach allen jetzigen vorsichtigen Schätzungen von 140.000 Fahrgästen im Jahr erreichen wir schon einen leichten Überschuss. Und es ist leider Gottes in einer Zeitung gestanden, das kostet uns, wie der Schöckel, eine Million Euro pro Jahr. Das ist auch falsch gewesen. Es kostet uns der Schöckel nichts mehr, dort haben wir durch Investitionen von Golf, Radstrecken, Gastronomie, Hexenexpress, und, und, und etwas zustande gebracht, was den Menschen dieser Stadt dient. Um das geht es uns. Es geht um einen Naherholungsraum und so viele Menschen, die einen brauchen werden. Weil es wird noch mehr verdichtet werden. Wir schauen, dass es ein grünes Netz gibt, aber einmal schnell und einfach wohin zu kommen, kein Auto zu brauchen, das ist Smart City. Und deswegen wünsche ich mir so gerne, dass diese Gondel dann auch Wirklichkeit wird. Wir haben noch viele Probleme auf dem Weg dorthin. Pavlovec-Meixner hat Recht, wir müssen uns anschauen, wie das mit der UVP ist, wie es mit der Tierwelt ist etc. Das sind alles noch Themen, die sind noch offen. Das müssen wir uns anschauen, haben auch den ordnungsgemäßen Weg zu gehen, aber die Idee tät ich da nicht auslassen, dass man das schaffen. Im Übrigen können wir jetzt googeln, alle Städte fangen an, weltweit darüber nachzudenken, ob ein Beförderungssystem auch eine Gondel sein kann, unterschiedlicher Natur, die einen touristisch, die zweiten als echte Verkehrsalternative und eine dritte Gruppe durchaus jetzt auch schon im sportlichen Bereich. Braucht man nur nach Vorarlberg usw. schauen, die wollen dort auch einiges tun. Das sind die Chancen, die sich da ergeben, deswegen bitte ich nach wie vor auch um Zustimmung (*Allgem. Appl.*).

GR Dreisiebner:

Dass sich einige Herrschaften bezüglich ihrer Wohltätigkeit und des Wirkens für die Stadt Graz ein Match liefern, auf das gehe ich nicht weiter ein. Ich gehe da konform mit dem Herrn Bürgermeister, dass wohl jeder für sich selber klären muss, was er wie macht. Ich habe aber trotzdem, weil Sie, Herr Bürgermeister, von dieser Smart City sprechen, von dieser Smart City-Idee, wo man dann schnell in eine Gondel einsteigt, dann bitte erläutern Sie uns doch einmal, warum man 14 Euro bezahlen soll für eine

Berg- und Talfahrt. 13 bis 14 Euro steht in der Broschüre, die der Herr Frölich nicht so genau gelesen hat, aber jetzt ist es ja aufgeklärt. Warum man das bezahlen soll, wenn ich in der Stadt eigentlich jeden anderen Grünraum, jeden anderen Erholungsraum ohne diese Kosten erreichen kann bzw. um den Preis einer Stundenkarte z. Bsp. um das einmal so zu formulieren, oder einer Tageskarte, weil man das heute schon öfter gehabt haben? Warum soll man auf das einsteigen? Das ist der eine Punkt. Um dieses Geld, das jetzt, die Kostensteigerung von 25 Millionen in der ersten Stufe Planung, wenn man das Restaurant Thal und Thalersee abzieht, wofür wir ja sind, dass man das macht, sind wir ungefähr um 11, 12, vielleicht 13 Millionen schon höher. Diese Kosten, wenn ich die z. Bsp. in die Grünraumschaffung im Grazer Westen investiere und in eine Verdichtung, Verlängerung eines Busses, z. Bsp. zum Thalersee, der ja jetzt in einem ganz schwachen Takt fährt, der 48-iger, wenn der 40-iger und der 48-iger nicht ganz gut zusammenstimmen, dann stehe ich sehr lange rum, in Gösting nur z. Bsp. Da könnte man einiges tun, da könnte man einiges tun. Man könnte auch zur Verbesserung der Erreichbarkeit des Plabutsches selber über diverse Shuttlebusssysteme usw. nachdenken. Ich komme ja nicht aus einer Gegend, wo man das als Hügel bezeichnet, ich komme aus der Südoststeiermark, Südsteiermark, da sehen wir so etwas als Berg. Dann gehe ich damit auch d'accord, Herr Bürgermeister, und dort z. Bsp. gibt es im Weinland sehr gute Shuttlesysteme. Nicht nur wegen dem Wein, sondern weil es gescheit ist.

Lautes Lichten im Gemeinderatssaal.

Dreisiebner:

Ja, ja, ist vor allem Wein und das ist gescheit. Aber das lassen wir jetzt auch außen vor. Also man könnte viele andere Dinge anschauen und die Idee, am Plabutsch was zu tun, die Idee, sam Thalersee was zu tun, die teilen wir, glaube ich, alle. Aber dass man praktisch nur das eine Konzept verfolgt, eine Großseilbahn mit sehr vielen Menschen,

die man tagtäglich transportiert und wahrscheinlich nicht transportieren wird, weil so viel sind es dann nicht. Das ist das Einzige, was weiterverfolgt wird. Wie kann man den Plabutsch sanft erschließen? Wie kann man beim Thalersee gescheit arbeiten? Und wie kann man den öffentlichen Verkehr in den ganzen Bereichen verbessern im Sinne einer Verbesserung der Linie? Man kann den 48-iger reintführen z. Bsp. in Richtung der Stadt, um eine Umsteigenotwendigkeit ausfallen zu lassen oder den 40-iger weiter rausführen. Man kann es auch tageweise, etwa an Wochenenden, machen, was auch immer. Ich bin ja da nicht der Experte, ich denke nur nach und wir haben auch mit Leuten geredet im Grazer Westen, die nicht unbedingt diese Idee verfolgen und deswegen noch einmal: Steigen wir jetzt in die Findung dessen ein, was die Menschen sich selber wünschen. Dort, vor Ort in Eggenberg, in Gösting, in Wetzelsdorf und in ganz Graz und tun wir dann weiter entscheiden, ob wir diese Planungsgelder verwenden. Deswegen dieser Antrag, dieser Abänderungsantrag auf die Bürgerbeteiligung zuerst. Weil ihr zieht nur in eine Richtung, das ist quasi wie das erste und zweite und das dritte Gebot zusammen und alles andere darf nicht sein, soll nicht sein, kann nicht sein. Wir werden beim Thalersee zustimmen, wir werden der Plabutschgondel, diesem weiteren Planungsmittel, nicht zustimmen, weil alles andere nicht angeschaut wird. Und das ist eine vertane Chance (*Allgem. Appl.*).

Bgm. Nagl:

Eine schnelle Antwort habe ich schon parat. Wenn dermaßen viele Menschen zum Schöckel fahren und den gleichen Preis bezahlen, weil etwas anderes haben wir auch gar nicht vor, werden wir wahrscheinlich mit unserem südoststeirischen Blut in unserem Körper in ein paar Jahren gemeinsam drüberfahren. Dann werden wir schauen, wie viele Leute da unten ein Ticket lösen und dann werde ich wahrscheinlich auch den Herrn Dreisiebner überzeugen können.

Zwischenruf GR Dreisiebner: Aber wir zwei können uns das leisten, Herr Bürgermeister!

Bgm. Nagl:

Noch einmal. Auch in Radegund und am Schöckel geht das. Und wie gesagt, über die Preise können wir dort reden, können wir dann gestalten. Wir haben es jetzt ordnungsgemäß durch die Holding planen lassen und die haben einfach die Annahmen des Schöckels übernommen, weil dort funktioniert es.

GRⁱⁿ Robosch:

Sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie. Sie tun sich das immer noch an. Danke dafür. Sehr geehrte Damen und Herren im Gemeinderat. Wir haben eine zehnstündige Gemeinderatssitzung jetzt fast schon hinter uns und wir haben auch schon sehr oft über das Budget geredet und was im Budget alles fehlt. Und mir ist klar, dass mir heute mindestens beim Budget dreimal der Magen sich umdrehen wird, weil im Budget eben nicht die wirklichen Bedürfnisse von Menschen gedeckt werden und nicht die Lebensrealitäten sich bessern werden. Auch wenn der Finanzstadtrat das noch so oft sagen wird, die Lebensrealitäten werden sich nicht verbessern und nicht vehement verbessern. Es ist einfach nicht so, und weil die Elke heute gerade vorher angesprochen hat, dass manche hier herinnen scheinbar ziemlich weit weg sind von manchen Problemen. Und beim Verkehrsthema ist das, glaube ich, am sichtbarsten. Weil da herinnen wird auf eine Art und Weise über das Verkehrsthema geredet, wo ich mir wirklich denke ...

*Zwischenruf GR **Sippel**: Ist kein Verkehrsthema, ist ein Naherholungsthema.*

Robosch:

Ist eh ein Naherholungsthema, aber die Gondel wird als öffentlicher Verkehr bezeichnet da herinnen. Die Gondel wird als Teil vom öffentlichen Verkehr benutzt und sie wird aus der Holding finanziert. Wo wir doch eigentlich andere Probleme haben. Ich

glaube, vom Kollegen Frölich ist gesagt worden, der Westen wächst am stärksten. Ja, wissen Sie, was nicht am stärksten im Westen wächst? Die Infrastruktur, der öffentliche Verkehr, die Anbindung, das wächst nicht. Wo sind die Bims im Westen? Wo ist der Ausbau der Bims im Westen? Wo sind die Bims in den zwei Bezirken, die gar keine Bim haben?

Laute unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

Robosch:

Zufällig. Noch einmal und auch zufällig die Bims, die Bezirke, wo es eine Autobahnabfahrt gibt und keinen gescheiterten Park & Ride. Die Leute, die dort wohnen, jeden Tag Pendlerinnen und Pendler durch die Straßen durchfahren haben, die Staus produzieren, die sollen dann mit einer Gondel am Wochenende auf den Plabutsch fahren oder auf den Plabutsch raufgondeln, wo es nicht einmal am Wochenende vielleicht einen Bus gibt. Weil wir haben im Westen Teile, wo der Bus am Sonntag einfach nicht fährt und denen wollt ihr eine Gondel verkaufen?

Wo, wo macht das Sinn? Ich verstehe das einfach nicht. Und ich verstehe es auch nicht, wie man 40 Millionen einfach so einmal für eine Gondel hat, wo man scheinbar keine Ausweitung für die Nightline hat, wo man kein Geld für die Bims hat, genau in die Bezirke, und wo man auch wieder einmal den Bus und die Verlängerung und die Takterhöhung von genau den Bussen wieder einmal verschiebt. Wo ist es? Ich verstehe es einfach nicht. Und die Leute, die dort am Wochenende in ihrer Wohnung sitzen, die am Wochenende keinen Bus haben oder nicht von ihrer Arbeit am Abend heimkommen, weil Sie keinen Bus haben, die haben auch nichts im Westen von einer Gondel. Und da kann es noch so viel Naherholung sein, erstens ist es viel zu teuer mit den Kosten, die da entstehen und zweitens, wie sollen die Leute überhaupt hinkommen, wenn es nicht einmal einen Bus von ihrem Wohnort weg gibt (*Allgem. Appl.*)?.

Bgm. Nagl:

Frau Gemeinderätin, unsere Busse fahren dorthin, wo die Menschen diese Busse annehmen. Und wenn Menschen die Busse nicht am Wochenende oder kaum benutzen, dann fährt natürlich vernünftigerweise der Bus in der Form nicht hin. Das ist das eine, das Zweite ist, noch einmal, jetzt komme ich zu den Planungen, ist mir ganz wichtig. Weil Sie das gesagt haben, ich unterschreibe manches, wir sind im Grazer Westen noch nicht mit allen Straßenbahnlinien, auch in Gösting noch nicht dort, wo wir hinwollen. Aber da sage ich jetzt Wichtiges, weil es die KPÖ auch gestern bei der Pressekonferenz und in den sozialen Medien usw. und auch in den Zeitungen verwendet hat. Um das Geld könnten wir uns ja schon eine halbe Südwestlinie leisten. War ja doch euer Ausspruch?

Zwischenruf GRⁱⁿ Robosch: Genau!

Bgm. Nagl:

Wo ist die Planung der Südwestlinie? Wo liegt das? Wenn es eine Planung gibt, schauen wir, dass wir es bedecken können.

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Wunderbar, das haben Sie bei der Budgetsitzung nicht gesagt.

Bgm. Nagl:

Noch einmal. Wo, wo, wo ist die Planung, Frau Stadträtin? Liegt im Fachausschuss eine fix und fertige Planung, die der Gemeinderat dann durchtragen will? Die zwei Planungen, die wir gemacht haben zu Smart City und zu Reininghaus, sind beschlossen, sind jetzt, wenn ich sagen darf, auch von den Verfahren durch und werden jetzt gebaut werden. Dann haben wir lange herumgestritten, ob uns das gelingt, über den

Griesplatz die Straßenbahn zu führen, wo uns alle Profis im Hause gesagt haben, das wird nicht gehen und zwar aus einem einfachen Grund, das stimmt und nicht sagen, es stimmt nicht. Der Herr Baudirektor und Straßenamt sind bei mir gesessen und haben gesagt: Herr Bürgermeister, es geht deswegen nicht, damit Sie es einmal gehört haben, die geplante Linie, die die damalige Stadträtin Lisa Rücker eingebracht hat, geht deswegen nicht, weil wir wahrscheinlich nicht einmal im Verfahren durchgekommen wären und weil wir mit den Straßenbahnen unsere Busse blockiert hätten. Wir hätten mit dem öffentlichen Verkehr den öffentlichen Verkehr blockiert. So, das sagen mir meine und unsere Experten der Stadt Graz. Interessant, dass Sie als junge Gemeinderätin es besser wissen als ein Baudirektor und zuständige Abteilungen der Stadt Graz.

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Robosch**: Das stimmt nicht.*

Bgm. Nagl:

Und jetzt kommt ein wichtiger Punkt. Wir haben dann auch gesagt, dass wir ganz schnell trotzdem über die Neutorgasse und Belgiergasse eine Ausweichstrecke wollen. Auch die ist auf Schiene, läuft voll der Planungsprozess. Wir haben für die Finanzierung gesorgt. Kommt ihr mit der Südwestlinie, liebe KPÖ. Und wir werden uns genauso bemühen, die Bedeckung sicherzustellen. Wir haben ja wieder einen großen Polster, der möglich ist, bis zum Jahr 24. In der Periode gehen drei Straßenbahnlinien weiter. Aber das andere ist ein Naherholungsthema und wenn zufällig dann auch noch Thaler auf das Auto verzichten und wir auf das Auto verzichten, um wo hinzufahren, dann haben wir einen großen Beitrag geleistet und darum möchte ich euch noch einmal ersuchen, darüber nachzudenken, ob das nicht gescheit ist. Gerade die Sozialdemokratie hat viele Jahre hier herinnen verlangt, dass wir die Gondel zum Plabutsch in Betrieb setzen sollen und zwar auf der alten Strecke, damals. Die ist aber nicht mehr möglich, das wissen ...

*Zwischenrufe GRⁱⁿ **Marak-Fischer** und GR **Hassler**: Einen Sessellift.*

*Zwischenruf GR **Haberler**: Das ist erfrischend bei Regen.*

Lautes Lachen im Gemeinderatssaal.

Bgm. Nagl:

(Lacht). Da hat es einen technischen Fortschritt gegeben. Kollege Hassler, du warst dabei, der Walter Ferik, alle haben dafür gekämpft, wir müssen zum Herrn Mausser rauf. Jetzt werden wir rauffahren. Nicht ganz gerade, wie das ursprünglich angedacht war *(lacht)* und sogar als Gondel miteinander mit einem Südoststeirer.

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Nagl:

Nein, aber ich erzähl das nur, weil mir das wichtig ist. Es klingt da, wie Sie es gesagt haben, so nach dem Motto, da bleibt jetzt für den öffentlichen Verkehr kein Geld über.

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Robosch**: Prioritäten.*

Bgm. Nagl:

Hallo, das ist eine Priorität. Drei Straßenbahnen ist eine Priorität. Die Plabutschgondel ist eine Priorität.

Laute undeutliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

Bgm. Nagl:

Wenn die Kollegin Kahr mit der Verkehrsabteilung hier durch den Gemeinderat eine Planungslinie durchbringt, werden wir schauen, wie wir es finanzieren. Gott sei Dank gibt es

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Eine politische Willensbildung braucht es.

Bgm. Nagl:

Es braucht zuerst ein Projekt. Es braucht ein Projekt,

Undeutliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

Bgm. Nagl:

Noch einmal. Südwestlinie braucht es ein Projekt, das muss der Gemeinderat sagen, das wollen wir, dann haben wir es gemacht. Bei drei Straßenbahnlinien, bei drei vorher haben wir es auch gemacht. Hauptbahnhof haben wir es gemacht, Puntigam haben wir es gemacht, Nahverkehrsdrehscheibe Gösting fehlt uns noch. Kollege Rüschi war der Letzte, der das angepeilt hat und seitdem haben wir im Gemeinderat keine Stücke mehr dazu gesehen. Also, liebe Frau Stadträtin, liebe KPÖ ...

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Da müssen wir den Kollegen fragen, dann müssen wir den Kollegen Eustacchio was fragen.

Bgm. Nagl:

Ja, da haben wir jetzt eh drei Linien gemacht. Jetzt bist du dran mit drei Linien. Wir helfen mit, toi, toi, toi (*lacht*), (*allgem. Appl.*).

Laute Zwischenrufe aus dem Gemeinderatssaal

Bgm. Nagl:

Ok, meine Lieben. So, jetzt haben wir...

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Wir reden am Thema vorbei.

Bgm. Nagl:

Jetzt reden wir über ...

Nein, am Thema vorbeireden, reden wir nicht.

StRⁱⁿ Kahr:

Doch ...

GR Egger:

Also ich bin ja sehr froh, dass noch viel Energie vorhanden ist auch in der fortgeschrittenen Stunde. Ich möchte jetzt schon noch auf ein paar Dinge eingehen und ich beginne, nachdem er sich schon gemeldet hat, mit meinem Lieblingsgrünen, lieber Karl Dreisiebner (*lacht*). Ja, du bist der einzige Mann in der Partie. Bitte?

Lautes Lachen im Gemeinderatssaal.

Egger:

Wir haben, bitte?

*Zwischenruf GR **Dreisiebner**: Mit Frauen redest ja nicht, hat Andrea gesagt. Wohl, Sie kommt auch noch dran.*

(Lautes Lachen im Gemeinderatssaal.)

Egger:

Lieber Karl Dreisiebner, es taugt mir ja wirklich, dass du dich zu einem Naherholungsgebiet bekennst, dass dir das wichtig ist. Beim Augarten habe ich das ein bisschen vermisst, weil ja die Idee vom Falschen gekommen ist. Das ist immer das Gleiche mit der kompletten Njet-Fraktion. Sobald der Bürgermeister, zu euch komme ich auch noch, sobald es eine Idee vom Bürgermeister gibt, fangen wir einmal an, Unterschriften sammeln als Erstes. Als Zweites suchen wir einen Uhu, der eventuell dort sein könnte und es geht dann so weiter. Das ist für jedes Projekt das Gleiche. Ihr könntet euch einmal etwas Innovativeres einfallen lassen. Und die Gondel ist ja jetzt nicht wirklich die große Überraschung. Falls ihr unser Wahlprogramm gelesen habt's, da ist die schon drinnen gestanden und scheinbar hat es doch, auch wenn es nur eine knappe Mehrheit ist, so wie es die Frau Kahr uns vorgerechnet hat, also nur eine knappe Mehrheit ist ...

*Zwischenruf StRⁱⁿ **Kahr**: Die ist ziemlich knapp gewesen.*

Egger:

... durchaus einen Auftrag gegeben, diese Dinge, die im Wahlprogramm sind, auch umzusetzen. Das freut mich, dass Sie dem zustimmen. Jetzt komme ich schon zur KPÖ. Ich habe heute schon was gelernt. Dass ihr die Austernfraktion seid's, habe ich nicht ganz gewusst, da gefällt mir das Bild ganz gut, aber Spaß beiseite. Ich bin schon ein bisserl schockiert, wenn ihr bei einer Pressekonferenz ein Signal setzt, dass dort jemand mit dabei sitzt in einer gelben Weste. Der Kollege Krotzer hat die ganze Wochen diese Gelbe-Westenfraktion unterstützt, hat die Botschaften geteilt, die von denen gekommen sind. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, ich will ...

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Er war es nicht, ich war es.

Egger:

Ok, dann nehme ich das zurück. Ja, zu Ihnen komme ich dann eh noch. Ich will nicht, dass in Graz Autos brennen.

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Ich auch nicht.

Egger:

Ich will nicht, dass Scheiben eingeschlagen werden und ich will nicht, dass solche Bilder vermittelt werden (*Allgem. Appl.*). Ich habe nicht gesagt, dass es wer will. Ich habe gesagt ...

Zwischenruf GRⁱⁿ Heinrichs: Gibt es jemanden, der das will?

Egger:

Ich habe gesagt, was ich nicht will. Ich habe nichts gesagt, ich habe nur gesagt, was ich nicht will und wie ihr tickt, gell, ich habe euch zwei Ausdrücke mitgebracht. Es war auf Facebook, wenn ihr euch erinnern könnt, da hat es im Zillertal dieses Unglück gegeben mit den Seilbahnen. Die kommunistische Fraktion war sich nicht zu blöd, dieses Seilbahnunglück in Kombination zu stellen mit der Plabutschgondel und dann ...

*Zwischenruf GR **Hötzl**: Unglaublich.*

Egger:

Und dann ist man ja gescheiter geworden im Laufe des Abends, weil zuerst hat es gegeben: Plabutschgondel, den Zusammenhang, dann hat man einmal Plabutsch gelöscht und nach einer halben Stunde ist dann die große Erleuchtung gekommen, dann hat man überhaupt die Gondel auch noch gelöscht. Das ist ein deutliches Signal dafür wie ihr tickt. Und als Parteiobfrau fordere ich Sie auf, mit solchen Methoden in Zukunft nicht mehr zu arbeiten. Das ist eine Frechheit.

*Zwischenruf StRⁱⁿ **Kahr**: Mit solchen Methoden ...*

Egger:

Ja, genau mit solchen. Ja, ich weiß nicht, wer sonst noch für die kommunistische Partei kommuniziert? Aber ich glaube, Sie haben als Parteiobfrau eine Verantwortung. Bitte?

*Zwischenruf StRⁱⁿ **Kahr**: Gott sei Dank nicht alleine.*

Egger:

Ja, aber Sie sind die Chefin und Sie haben die Verantwortung. Und wenn Sie sich auf Ihre Verkehrsagenden konzentrieren würden, dann hätten wir vielleicht mehr als ein Stückl im Verkehrsausschuss.

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Wir machen sehr viele Stücke, aber ihr stimmt immer dagegen (Allgem. Appl.).

Bgm. Nagl:

Mir liegen jetzt zwei Abänderungsanträge zum Stück vor und ich wurde auch gebeten, dass wir dann beim Stück selbst eine getrennte Abstimmung vornehmen.

GR Sippel:

Also ich bin jetzt nicht der Meinung, dass der Gemeinderat einen geschäftsordnungswidrigen Antrag abstimmen sollte, auch wenn er nicht durchgehen sollte. Das heißt, deswegen gibt es von mir einen Antrag, dass wir vorher abstimmen, dass wir diesen geschäftsordnungswidrigen Antrag nicht abstimmen (*Appl.*).

Zwischenruf GR Eber: Das entscheidest nicht du, ob der geschäftswidrig ist.

Zwischenruf GR Sippel: Verfassungswidrig.

Bgm. Nagl:

Ich danke einmal.

Sippel:

Der Gemeinderat entscheidet, ob er abgestimmt wird mit Mehrheit (*Appl.*).

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Das ist doch geschäftswidrig?

Laute undeutliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatsaales.

Bgm. Nagl:

Auch zur Geschäftsordnung, Herr Klubobmann Dreisiebner.

Dreisiebner:

Ich gehe davon aus, dass wir konform gehen, lieber Klubobmann Sippel, dass wir die Geschäftsordnungswidrigkeit oder Geschäftsordnungsmäßigkeit nicht demokratisch abstimmen, sondern dass man dazu die Magistratsdirektion um Aufklärung bitten.

Dankeschön (*Appl.*).

Bgm. Nagl:

Wenn ihr mich gleich zu Wort kommen hättet lassen (*lacht*), hätte ich Ihnen Folgendes mitgeteilt: Ich habe mit dem Magistratsdirektor gesprochen und habe gefragt, wie er die Geschichte sieht, indem ja im KPÖ-Antrag drinnen steht, dass es sich um eine Volksbefragung handelt, die in den Entscheidungsprozess einzubinden ist und das Votum der Grazerinnen und Grazer dann bindend sein soll. Kann man ganz klar sagen, dass eine Volksbefragung, die bindend sein soll, dass es die nicht gibt und dass es damit auch nicht rechtmäßig wäre. Das heißt, letzten Endes wäre das eine Volksabstimmung und so wie der Herr Klubobmann gesagt hat, ist das, wie es heute

eingebraucht ist, etwas, was gesetzwidrig wäre. Deswegen gibt es jetzt auch den Antrag von Herrn Sippel, der sagt, ich möchte eigentlich keine Abstimmung machen, weil wenn da eine Mehrheit herauskäme, hätte ich den Auftrag, letzten Endes diesen Entschluss zu verhindern. Warum sollen wir im Grazer Gemeinderat was abstimmen, was rechtlich nicht in Ordnung ist? Das muss ich jetzt bei diesem Abänderungsantrag sagen. Beim Abänderungsantrag der Grünen hat alles seine Ordnung. Noch einmal, jetzt ganz wichtig, ich möchte diesen Abänderungsantrag auch gar nicht zulassen, weil ich müsste ihn danach verhindern und jetzt würde ich zur Geschäftsordnung bitten.

Eber:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister. Ich habe persönlich eine andere Meinung (*lacht*), aber das ist egal. Mein Vorschlag ist jetzt sozusagen der Einfachheit halber, dass man entweder den letzten Satz streicht bzw. die Alternative wäre natürlich, dass, so leid mir das tun würde, dass Sie den Antrag nicht zulassen. Aber mir kommt das sehr seltsam vor (*lacht*), wenn man darüber abstimmt, ob der geschäftsordnungs- oder statutenkonform oder wie auch immer ist.

Bgm. Nagl:

Gut, dann nehme ich es, wenn ich so sagen darf, Ihren Vorschlag auch an und sage, den Abänderungsantrag lassen wir nicht zu, den zweiten Antrag der Grünen stimmen wir dann auch ab.

Der Abänderungsantrag der KPÖ wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, KPÖ, Grüne und Neos) abgelehnt.

Der Abänderungsantrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, KPÖ, Grüne und Neos) abgelehnt.

Der Antrag wurde wie folgt angenommen.

1) mehrheitlich gegen Neos und KPÖ

2) mehrheitlich gegen SPÖ, KPÖ, Grüne und Neos

3) einstimmig

Vorsitzwechsel – StR Dr. Riegler übernimmt den Vorsitz (19.20 Uhr).

Berichterstatter: GR. Ing. Lohr

**6.22 Stk. 13) A 14-044005/2017 /0015 16.25.0 Bebauungsplan „Hafnerstraße“
XVI. Bez., KG Straßgang, Beschluss**

GR Lohr:

Sehr geehrte Damen und Herren, wir kommen nach Straßgang. Es ist dies der 16.25.0 Bebauungsplan „Hafnerstraße“. Die Grundeigentümer der betroffenen Liegenschaften haben um die Erstellung eines Bebauungsplanes angesucht. Das Planungsgebiet weist insgesamt eine Größe von rund 11.700 m² auf. Gemäß § 4.0 Flächenwidmungsplan ist der Bereich als Aufschließungsgebiet „Allgemeines Wohngebiet“ mit einer Dichte von 0,3 bis 0,6 ausgewiesen. Gemäß Deckplan 1 ist die Erstellung eines Bebauungsplanes erforderlich, der ist dann auch vom Amt erstellt worden. Bei der Auflage kam es zu sieben Einwendungen und drei Stellungnahmen, die teilweise berücksichtigt worden. Ganz kurz die Änderungen gegenüber dem Auflageentwurf. Er wurde in folgenden Punkten geändert. In der Verordnung im § 4 sind bei den Baugrenzlinien ist der Absatz 2 entfallen. Im § 5 Geschossanzahl, Gebäudehöhen, Dächer gab es im Entwurf im Planwerk und Verordnung zwei unterschiedliche Werke für den Höhenbezugspunkt in der Beschlussfassung wurde nun der Wert des Planwerks auch in die Verordnung übernommen und damit korrigiert. Der Bebauungsplan ist im Planungsausschuss mehrheitlich angenommen worden, daher stellt der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung den

Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen den 16.25.0 Bebauungsplan „Hafnerstraße“, bestehend aus Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht. Die Einwendungserledigungen, die Aufhebung folgender Aufschließungserfordernisse des Aufschließungsgebietes, das sind Anbindung an das öffentliche Straßen- und Wegenetz, innere Erschließung, öffentlich nutzbare Durchwegung für den Fuß- und Radfahrverkehr und die Pflicht zur Erstellung eines Bebauungsplanes. Das Aufschließungsgebiet bleibt in Bezug auf folgende Aufschließungserfordernisse: Lärmfreistellung gegenüber emittierendem Straßen- und/oder Schienenverkehr sowie gegenüber emittierenden Gewerbe- und Industriebetrieben, Belange des Hochwasserschutzes aufrecht. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. den 16.25.0 Bebauungsplan „Hafnerstraße“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und
2. die Einwendungserledigungen.
3. die Aufhebung folgender Aufschließungserfordernisse des Aufschließungsgebietes (Nr. XVI.11):
 - Anbindung an das öffentliche Straßen- und Wegenetz,
 - Innere Erschließung {Verkehr und technische Infrastruktur},
 - Öffentlich nutzbare Durchwegung für den Fuß- und Radverkehr und
 - die Pflicht zu Erstellung eines Bebauungsplans

Das Aufschließungsgebiet (Nr. XVI.11) bleibt in Bezug auf folgende Aufschließungserfordernisse:

- Lärmfreistellung gegenüber emittierendem Straßen- und /oder Schienenverkehr sowie gegenüber emittierenden Gewerbe- und Industriebetrieben
- Belange des Hochwasserschutzes (Überflutungsbereiche an Mur und Grazer Bächen HQ 30/100 und Gefahrenzonenplan des forsttechnischen Dienstes für Wildbach und Lawinenverbauung)

aufrecht.

GR Muhr:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das Planungsgebiet von dem Gegenstand dieses Stückes liegt ja in unmittelbarer Nähe der Kärntner Straße und die Kärntner Straße ist auch eine Straße, die ja sehr belastet und schon an die Grenzen ihrer Kapazität kommt und auch die öffentlichen Verkehrsmittel, die dort vorbeifahren, sowie die Linie 31 ist ja in den Stoßzeiten ja auch hoffnungslos überfüllt. Darüber hinaus hat das Land Steiermark ja auch einen Masterplan für das gesamte Gebiet dort eingefordert und wie wir im Ausschuss gehört haben, wird der Masterplan ja auch irgendwann einmal demnächst im nächsten Jahr fertiggestellt werden. Nur bis dorthin tappen wir da noch im Dunkeln, was da passieren wird. Und aufgrund dieser Verkehrslage, die sich dort abzeichnet, werden wir diesem Bebauungsplan hier nicht zustimmen (*Appl.*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen Neos, SPÖ und KPÖ) angenommen.

Berichterstatter: GR. Haberler, MBA

6.23 Stk. 14) A 14-017816/2015/0012 11.10.0 Bebauungsplan „Mariatroster Straße 257“, XI. Bez., KG Wenisbuch

GR Haberler:

Es geht um den 11.10.0 Bebauungsplan „Mariatroster Straße 257“. Er ist direkt an der Mariatroster Straße gelegen in einem Ausmaß von 7.444 m². Es ist ein „Aufschließungsgebiet – Allgemeines Wohngebiet“ mittlerer Dichte. Es zeichnet sich aus, dass diese Liegenschaft unmittelbar an der Mariatroster Straße gelegen ist. Ein Geschossbau von vier Stockwerken und in weiterer Folge drei Stockwerke hangaufwärts. Unmittelbar in der Nähe befindet sich auch ein Schutzweg über die Mariatroster Straße und es ist zwei Minuten fußläufig die Straßenbahn erreichbar, weshalb dies auch als ideales Wohngebiet bezeichnet ist, da wir wissen, dass der ÖV sehr leicht erreichbar ist. Ich bitte um Zustimmung.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. den 11.10.0 Bebauungsplan „Mariatroster Straße 257“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und
2. die Einwendungserledigungen.
3. die Aufhebung folgender Aufschließungserfordernisse der Aufschließungsgebiete (Nr. XI.OS und XI.06):
 - Anbindung an das öffentliche Straßen- und Wegenetz,
 - Innere Erschließung (Verkehr und technische Infrastruktur),
 - die Pflicht zu Erstellung eines Bebauungsplans

Die Aufschließungsgebiete (Nr. XI.OS und XI.06) bleiben in Bezug auf folgende Aufschließungserfordernisse:

3. Lärmfreistellung gegenüber emittierendem Straßen- und /oder Schienenverkehr sowie gegenüber emittierenden Gewerbe- und Industriebetrieben
4. Geordnete Verbringung der Oberflächen- und Hangwässer aufrecht.

GR Topf:

Sehr geehrter Herr Vorsitzende. Da das der letzte zu beschließende Bebauungsplan im heurigen Jahr ist, darf ich im Auftrag des ÖVP-Gemeinderatsclubs, aber insbesondere auch namens des leider erkrankten Vorsitzenden des Ausschusses für Stadt- und Grünraumplan ein recht herzliches Dankeschön aussprechen an die Stadtbaudirektion, insbesondere aber auch die Stadtplanung und alle Planungsämter in cumulo, dass sie im vergangenen Jahr durchaus beschlussfähige Stücke vorgelegt haben. Ich möchte vielleicht ganz kurz zur Leistungsbilanz noch einmal in diesem Gremium hinweisen. Wir haben im Bereich der Bebauungsplanung 2018 41 Beschlüsse gefasst, im Neubaubereich in etwa 540.000 m² Bruttogeschossfläche diskutiert und durchaus hin und wieder einstimmig, aber durchaus mehrheitlich beschlossen. Im bebauten Gebiet geht es um ein Planungsgebiet von in etwa 390.000 m². Es wurden 632 Gutachten im Bauverfahren und im Anzeigeverfahren gemacht, und was für uns besonders wichtig ist, und das zeichnet auch die Planungsämter aus, es ist also gelungen, die Erledigungsbeschleunigung auf jeden Fall um 33 % zu heben. Ich danke der Stadtbaudirektion und insbesondere auch den Planungsämtern für dieses vorbildliche Vorgehen (*Allgem. Appl.*).

Haberler:

Ich habe um das Schlusswort gebeten, weil ich der Meinung war, dass die Kommunisten nicht zustimmen und mir das halt und anscheinend stimmen sie jetzt zu, wenn ich richtig informiert nicht. Nicht? Ich wollte das nur sagen, im Ausschuss war es

so, dass sie die Zustimmung nicht erteilen, weil sie möchten, dass im Umland nicht gebaut wird. Ich möchte aber schon darauf hinweisen, dass das eine Bebauung ist, die unmittelbar an der Mariatroster Straße stattfindet, in bester Verkehrslage.

Kommunisten hätten lieber gerne, so war die Wortmeldung, dass im Innenstadtbereich verbaut wird. Wir sind der Meinung, dass man da die Grünflächen eher brauchen auch. Danke (*Allgem. Appl.*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ) angenommen.

Berichterstatter: GR Mag. Frölich

6.24 Stk. 20) StRH-038102/2018 Was kostet die Stadt? Bereich Wasser

GR Frölich:

Ja der Stadtrechnungshof hat sich den Bereich Wasser angesehen und der Kontrollausschuss hat darüber beraten, der Bericht kommt zu dem sehr positiven Ergebnis, dass Graz eine sehr, sehr gute Wasserversorgung hat. Die Wasserqualität ist erstklassig. Es ist auch jede Menge Trinkwasser genügend vorhanden. Aus dem Bereich Wasser höre ich, dass es sehr viele Gespräche gibt in den verschiedensten Projekten, um die Erschließung neuer Wasserressourcen zu erreichen. Derzeit ist die Wasserversorgung auch in Spitzentagen gewährleistet. Eine Herausforderung ist der Funktionserhalt des Leitungsnetzes. Da besteht ein gewisser Investitionsrückstau in Kilometern. Das heißt, es wird hier die Herausforderung sein, das Wassernetz für die Versorgung auch entsprechend zu warten. Das ist die Herausforderung, die der Bericht ergeben hat. Im Großen und Ganzen können wir guten Gewissens unsere Wasserhähne aufdrehen und das Wasser daraus genießen. Bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat möge den gegenständlichen Bericht sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses gemäß § 67a Abs. 5 Statut der Landeshauptstadt Graz zur Kenntnis nehmen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

StR Riegler:

Jetzt kommen wir zu einem Tagesordnungspunkt, den eigentlich ich berichten sollte. Da ich jetzt aber der einzige Anwesende bin, der den Vorsitz führen kann, kann ich Sie kurz unterhalten mit einer kleinen Geschichte, um die Zeit zu überbrücken, bis möglicherweise ein anderer den Vorsitz übernehmen kann. Bis jetzt war ja der Abend ein sehr schöner und sehr angenehmer (*lautes Lachen im Gemeinderatssaal*), viele Dinge erledigt und jetzt darf ich den Vorsitz übergeben.

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (19.30 Uhr).

Bgm. Nagl:

Meine geschätzten Damen und Herren. Jetzt kommen wir zu einem Stück, das in letzter Zeit heftig diskutiert worden ist. Ich darf auch die Chefin des Forums Stadtparks, die schon lange der Sitzung beiwohnt und glaube ich auch einige Kolleginnen und Kollegen mithatte, herzlich auf der ZuhörerInnengalerie auch begrüßen (*Allgem. Appl.*)

Berichterstatter: StR. Dr. Riegler

**6.25 Stk. 22) A 16-069470-2018/0003 Fördervereinbarung zur mittelfristigen
A 8-77397-2017-32 Finanzierung von Kultureinrichtungen für
die Jahre 2019-2021, Projektgenehmigung
in Höhe von je € 1.362.900,--, € 1.006.900,--
sowie € 1.778.600,-- für die Jahre 2019-
2021**

StR Riegler:

Sehr geehrte Damen und Herren. Die Tradition, dass wir für größere, bedeutendere Kultureinrichtungen, die Möglichkeit schaffen, mehrjährige Fördervereinbarungen mit der Stadt Graz abzuschließen, diese Tradition gibt es lückenlos seit dem Jahr 2002/03. In all diesen Jahren, seit dem Jahr 2002, 2003, gab es eben die Möglichkeit für größere Kulturvereinigungen, um einen mehrjährigen Fördervertrag anzusuchen; wie diese Verträge aussehen, ist in der Beilage zum Gemeinderatsstück nachlesbar. Der Grund, warum es einen Sinn macht, derartige mehrjährige Förderverträge abzuschließen, ist naheliegend. Bei einem hinreichend großen Programm- und Budgetvolumen, und bei den meisten dieser Organisationen ist das der Fall, bedarf es einer längerfristigen Planungssicherheit. Bei vielen weiteren ist es so, dass sie natürlich allein schon aufgrund der Programmplanung eine gewisse Vorlaufzeit einkalkulieren müssen, sodass es hilfreich ist, wenn diese nicht jährlich, sondern mehrjährig abgesichert sind. Die Anzahl der Fördervertragsnehmer laut diesem Gemeinderatsbericht beträgt 75. Im Gemeinderatsbericht sind die Fördervertragsnehmer in drei Kategorien a, b und c nach den drei Beiratskategorien gegliedert. Es haben sämtliche dieser Fördervertragsnehmer ein Projekt eingereicht, das ist im Frühjahr geschehen aufgrund eines Calls. Im Anschluss haben die Fachbeiräte getagt und entsprechende Empfehlungen erarbeitet, die dann Grundlage dafür waren, dass ich dann eben bei der Ausarbeitung des Stückes eben dann entweder mich diesen Vorschlägen angeschlossen habe oder aber gegenüber diesen Vorschlägen Abänderungen vorgenommen habe. Das Stück, das ich Ihnen einreiche, bedeutet einerseits eine deutliche Stärkung dieser Fördervertragsnehmerinnen und -vertragsnehmer. Es befinden sich sehr

unterschiedliche kulturelle Institutionen darin. Wir reden da von einer so traditionsreichen Institution wie dem Forum Stadtpark, von großen Volumina, wie z. Bsp. der steirischen Kulturveranstaltungen GmbH, die die Styriarte veranstaltet. Es sind darin enthalten das Haus der Architektur, der Verein Camera Austria, der Kunstverein Medienturm im Künstlerhaus, der Grazer Kunstverein, aber auch sehr kleine Organisationen, z. Bsp. der Chorverband Steiermark mit dem Projekt Voices of Spirit, dem jährlichen Chorfestival, wo es um 7.000 Euro geht oder der steirische Domkünstlerbund, eine Organisation von Domkünstlern, die eben Kompositionen erstellen und in Auftrag gegeben bekommen. Auch der Verein für Gedenkkultur ist dabei. Wir hatten tatsächlich in der Koalition, wie auch Herr Vizebürgermeister heute schon gesagt hat, durchaus Diskussionen darüber, ob wir diese Förderverträge gemeinsam tragen oder nicht. Und wie Herr Bürgermeisterstellvertreter schon erklärt hat, haben wir eben dann nach reiflicher Diskussion gesagt, wir fühlen uns in diesem Fall nicht verpflichtet, gemeinsam abzustimmen, sondern lassen sozusagen das Regelwerk für den koalitionsfreien Raum spielen. Ein wesentlicher Beweggrund war, aber das wird vielleicht noch erläutert, dass eben beim Beirat, beim Beiräte-System in der Agenda vereinbart ist, dass wir hier eine Evaluierung machen und dass dieses Beiräte-System eben im Zuge dieser Gemeinderatsperiode einer Evaluierung unterzogen werden soll. Ich bitte Sie daher, sehr geehrte Damen und Herren, um Ihre Zustimmung. Jedenfalls glaube ich, bildet dieses Stück mit 4 Millionen Euro rund Jahresbelastung einen sehr großen und bedeutenden Teil der Grazer Kunstszene und Kulturszene ab. Ich denke, dass wir, wenn wir hier eine gewisse Finanzierungssicherheit geben können, glaube ich, insgesamt dem Kultur- und Kunststandort Graz weiter sehr stark helfen können, auch weiterhin erfolgreich zu sein und international anerkannt zu sein und darf Sie daher um Ihre geschätzte Zustimmung ersuchen. Dankesehr.

Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Zur mittelfristigen Sicherung der Planung und Finanzierung werden die in den jeweiligen Budgets für 2019, 2020 und 2021 enthaltenen Förderungen für die im Motivenbericht genannten Kulturvereinigungen der Sitzung A, Spartenübergreifendes, Literatur und Film mit einer Jahressumme von € 1.362.900,-- beschlossen.

In der OG wird die Projektgenehmigung erteilt und die Aufnahme in die mittelfristige Finanzplanung vorgesehen:

Finanzmittelbedarf:

2019	€ 1.362.900,-
2020	€ 1.362.900,-
2021	€ 1.362.900,-

2. Zur mittelfristigen Sicherung der Planung und Finanzierung werden die in den jeweiligen Budgets für 2019, 2020 und 2021 enthaltenen Förderungen für die im Motivenbericht genannten Kulturvereinigungen der Sitzung B, Sparten Tanz und Theater, mit einer Jahressumme von € 1.006.900,- beschlossen.

In einer OG wird die Projektgenehmigung erteilt und die Aufnahme in die mittelfristige Finanzplanung vorgesehen:

Finanzmittelbedarf:

2019	€ 1.006.900,-
2020	€ 1.006.900,-
2021	€ 1.006.900,-

3. Zur mittelfristigen Sicherung der Planung und Finanzierung werden die in den jeweiligen Budgets für 2019, 2020 und 2021 enthaltenen Förderungen für die im Motivenbericht genannten Kulturvereinigungen der Sitzung C, Sparten E-Musik, Pop-Musik und Bildende Kunst, mit einer Jahressumme von € 1.778.600,- beschlossen.

In der OG wird die Projektgenehmigung erteilt und die Aufnahme in die mittelfristige Finanzplanung vorgesehen:

Finanzmittelbedarf:

2019	€ 1.778.600,-
2020	€ 1.778.600,-
2021	€ 1.778.600,-

4. Geplant ist, die Fördervereinbarungen am Ende des Jahres 2020, nach Bewertung der Einreichunterlagen für 2022 in den Fachbeiratsgremien, nochmals dem Gemeinderat zur Beschlussfassung für eine Verlängerung im Jahr 2022 vorzulegen, um die Planungssicherheit über das voraussichtliche Budgetprovisorium 2022 hinweg für das Jahr 2022 zu geben.
5. Die einzelnen Fördervereinbarungen sind durch die Mag. Abt. 16 – Kulturamt und die Mag. Abt. 8 – Finanz- und Vermögensdirektion mit den Projektträgerinnen und –trägern der im Motivenbericht genannten Kulturvereinigungen laut beigelegter Fördervereinbarung, die einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, abzuschließen.
6. Die Auszahlung erfolgt zu den im Vertrag genannten Terminen.

GR Sippel:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, geschätzte Kollegen, werte Leiterin des Forum Stadtpark. Sie erleben eine Premiere. Erstmals wird die Koalition getrennte Wege gehen bei einem Stück, das aus einem Ressort eines Koalitionspartners kommt. In den Medien ist ja da schon einiges zu lesen gewesen. Sozusagen ist dieses Stück auch jetzt im koalitionsfreien Raum und Herr Stadtrat Riegler war bemüht, auch da andere Mehrheiten zu finden. Das ist überhaupt kein Problem, wir haben das auch so vorgesehen in der Agenda Graz 22. Wenn es da inhaltlich keine Zusammenkunft gibt, dann besteht die Möglichkeit, dass man eben nach mehreren Gesprächen, wo man nochmal verhandelt, dann sich auch andere

Mehrheiten sucht. Grundsätzlich Kunst darf alles, keine Frage, aber sie darf auch Kritik einstecken und sie darf hinterfragt werden. Als gewählter Volksvertreter ist es meine Pflicht und es ist unsere Pflicht, sorgsam mit dem Geld der Bürger umzugehen. Ich bin da relativ unromantisch, also ich halte mich da an die Grundsätze, nur in der Frage unromantisch, ich halte mich da an die Grundsätze des Haushaltsrechtes des Bundes. Da ist zu lesen: Transparenz, Effizienz, getreue Darstellung der finanziellen Lage und grundsätzlich auch Einjährigkeit. Es gibt zwar die Möglichkeit seit 2009, dass auch Mittelfristplanungen möglich sind, aber grundsätzlich Haushaltsrecht des Bundes, Einjährigkeit. Ich würde das Ganze auch noch erweitern wollen mit dem Punkt Nachvollziehbarkeit. Ich würde ganz gerne nachvollziehen können, was mit diesem Geld passiert. Und diese Diskussion muss einfach auch möglich sein, wenn Institutionen hohe Summen an Steuergeld bekommen, dann muss es für uns als Politiker nachvollziehbar sein, was mit diesem Geld passiert. Nein, das ist nicht immer nachvollziehbar, Herr Kollege Krotzer. Schauen wir uns an beispielsweise die Camera Austria, Fotokunst, hervorragend, gefällt mir wirklich gut, aber bekommt 172.900 Euro von der Stadt, noch einmal 90.000 Euro vom Land, noch einmal, Fragezeichen, vom Bundeskanzleramt ebenfalls eine Förderung? Sie geben vier Mal im Jahr eine Fotozeitschrift mit 4.500 Auflagen heraus. Sie machen ab und zu Ausstellungen, sind ja im Kunsthaus angesiedelt und es wird ein Fotopreis verliehen. Jetzt hätte ich gerne jemandem erklärt, dass diese Summen für diesen Aufwand für das gerechtfertigt ist. Mehr nicht. Also, wenn mir das jemand erklärt, dass das es wert ist, dass 400.000 Euro Steuergeld für das aufgewendet werden, dann gerne, dann können wir gerne darüber diskutieren, nur mir fehlt in dieser Form der Kulturförderung hier einfach für uns, als freiheitliche Fraktion, die Nachvollziehbarkeit. Und wir haben ja, wenn Sie in der Agenda nachschauen und es ist noch nicht dazu gekommen, weil ja auch die Zeit ein bisschen zu knapp war, festgehalten, ich zitiere: Das mittlerweile in die Jahre gekommene Beiratssystem soll neu strukturiert werden. Dahingehend ist auch das kulturpolitische Leitbild zu adaptieren.

Dieser Prozess den gilt es jetzt zu starten, der Kulturstadtrat hat ja auch zugesichert, dass wir uns jetzt das anschauen, evaluieren, vielleicht einiges neu strukturieren, auch

wenn sich etwas bewährt, auch es dabei belassen. Was das Leitbild betrifft, da haben wir noch kein Kulturleitbild, an das könnten wir uns vielleicht dann auch einmal heranwagen. Aus freiheitlicher Sicht, ich glaube, Kulturleitbild, das muss einfach in Zukunft ausgewogener sein. Es ist unsere Sicht auf die Dinge, weniger freie Szene, weniger zeitgenössische Kultur, ein bisschen mehr Ausgewogenheit. Ist klar, da ist ein bisschen auch das Erbe der Kulturstadträtin Rücker, das sich da noch durchschlägt, und wenn man mir vorwirft, dass das ideologisch auch irgendwie Aussagen getätigt werden, ideologisch motiviert, dann möchte ich schon auch Ihnen sagen wie die ehemalige grüne Kulturstadträtin Rücker verfahren ist. Da hat es ein Ansuchen des Klassik4Kids-Vereins gegeben um 1.500 Euro. Die haben keine Förderungen bekommen. Wissen Sie, warum nicht? Weil im Antrag nicht gegendert worden ist und weil zu viel klassische Stücke und zu wenig zeitgenössische Stücke in diesem Verein aufgeführt wurde. Also was ist ideologisch?

Das ist eine reine ideologische Handlung gewesen. Also mir das vorzuwerfen, nur weil ich mich auch hier äußere, ist schon sehr, sehr eigenartig. Abschließend, ich weiß, es blinkt schon, aber vielleicht bekomme ich noch die eine Minute? Weil das Bankett und das ist auch an Sie gerichtet, weil das Bankett der politischen Auseinandersetzung betritt, und das tut man in dem Moment, wo man eine Demonstration, einen Demonstrationaufruf auf Facebook teilt. Nämlich einen Demonstrationaufruf, der nicht parteipolitisch unabhängig ist. Wenn es eine Kunstaktion ist über die Regierungsarbeit oder über einen irgendeinen Beschluss der Regierung, ist es ok, aber wenn ich mich hinauswage und parteipolitisch agiere, und das tue ich dem Moment, wo ich einen Aufruf zu einer Donnerstagsdemonstration gegen Schwarz-Blau teile, dann bin ich parteipolitisch nicht mehr ungebunden und dann ist ja trotzdem ok. Aber dann darf ich mich nicht wundern, wenn auch politisch gegenargumentiert wird und wenn man sich einer Kritik auch ausgesetzt wird. Und wenn dann diese kritische Reaktion als Angriff auf die Freiheit der Kunst dargestellt wird, wie das auch von Intendanten der sogenannten großen Häuser von Graz passiert ist, also dann finde ich das unfair und dann finde ich das auch weitestgehend ein Stückweit feige. Das ist geradezu so, wenn man in den Boxring steigt und dann wartet, dass der Gegner an

beiden Händen gefesselt ist. Und was das Forum Stadtpark betrifft, noch abschließend: Also wir haben versucht, gemeinsam etwas Neues zu entwickeln, es ist ja nicht ganz neu diese Idee mit dem Stadtpark-Café. Also 2011 haben wir den Vorschlag gegeben, dort einen Biergarten zu machen. Ist übrigens super angekommen bei der Grazer Bevölkerung. Damals hat auch eine Grazer Wochenzeitung darüber geschrieben. Dann ist wieder einmal die Idee gekommen mit dem Caféhaus und es ist darum gegangen, einmal etwas zu entwickeln dort, vielleicht das zugänglicher zu machen, auch das Areal dort zu bespielen, den Pavillon einzubeziehen und leider Gottes ist bis dato wenig auch an Bereitschaft gewesen, da sich auch weiter zu entwickeln. Das heißt, eine Institution, die Offenheit und Fortschritt von der Gesellschaft fordert, verschließt sich dann und das hat uns ganz einfach irritiert. Das heißt, zusammengefasst: Man nennt sich Forum und verschließt sich in Wirklichkeit wie eine Burg. Ich bin jetzt am Ende, vielleicht nur so viel dazu, als FPÖ bekennen wir uns natürlich zur Förderung der Kultur, ich glaube, das haben wir auch bewiesen, fünf Millionen Euro Kulturjahr 2020, Schloßbergmuseum wird gebaut. Aber es ist unsere Verantwortung, da auch sorgsam umzugehen und wir werden uns sicher auch im Interesse des Steuerzahlers an diesem Prozess, den wir jetzt einleiten werden mit der Evaluierung des Kulturförderprozesses, beteiligen.

Danke (*Allgem. Appl.*).

GRⁱⁿ Pavlovec-Meixner:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie. Ich habe heute schon gedacht, wie du über Transparenz geredet, dass du über die Plabutschgondel redest, aber scheinbar war das was anderes. Und vorausschickend möchte ich auch sagen, dass wir diese Argumentation mit dem Facebookaufruf für sehr fadenscheinig halten. Nämlich einfach im zeitlichen Ablauf, weil das Stück war schon Wochen vor diesem Aufruf auf der Tagesordnung im Kulturausschuss. Und da war überhaupt noch nicht die Rede davon und da habt ihr euch auch schon der Zustimmung verwehrt. Gut, zuallererst möchte ich mich sehr herzlich bei Ihnen, Herr Kulturstadt und bei der Claudia Unger und beim Abteilungsleiter des Kulturamts und

der Frau Monschein und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für das nunmehr vorliegende Förderpaket für die mittelfristige Finanzierung der Kultureinrichtungen 2019 bis 2021 bedanken. Wir haben politikintern dazu wirklich viel diskutiert. Ich habe auch mit Kulturschaffenden gesprochen und es gelang letztlich auch für einzelne Kulturträger, die aus der mehrjährigen Förderung herausgefallen sind, Einjahresförderungen mit einer guten Perspektive zu schaffen. Dafür herzlichen Dank. Ich muss auch sagen, dass dieser Prozess, diese Diskussion über die Kulturförderungen, und ich würde mich freuen, wenn auch du mir zuhörst, Harry (*lacht*), dass dieser Prozess im Vergleich mit anderen Gemeinderatsstücken relativ transparent war. Und deshalb erstaunt mich die Kritik des Koalitionspartners und zwar wurde da im Ausschuss gesagt, dass die koalitionsinterne Diskussion nicht hinreichend transparent und offen geführt worden ist. Diese Begründung kann ich einfach nicht glauben und ich kann auch nicht glauben die Beteuerung, dass es nicht um das Forum Stadtpark ginge. Besonders dann nämlich nicht, wenn ich euer FPÖ-Stadtblatt lese und zitiere jetzt, dort heißt es: Man nennt sich Forum und verschließt sich wie eine Burg. Weiters ist zu lesen, wie diese oft willkürlich anmuteten Summen zustande kommen, Zitat Ende. Das ist klare Infragestellung des etablierten Beiratssystems. Und ganz offen wird eine völlige Neuaufstellung der Förderkultur gefordert. Es macht daher also total unglaublich die Argumentation, die wir im Ausschuss hören und da kann ich nur sagen (*französische Ausdrücke, unverständlich*). Herr Stadtrat, Sie haben eine Evaluierung des Grazer Systems des Fachbeirates angekündigt. Wir haben auch darüber gesprochen im Ausschuss, wie die Opposition eingebunden wird und ich möchte festhalten, dass der Grazer Kulturbeirat das Fachbeiratssystem sehr gut findet und nicht nur der Grazer Kulturbeirat, sondern dieses Beiratssystem findet auch in anderen Städten Europas eine Nachahmung und das kann nur daran liegen, dass es ein System ist, das sehr objektiv ist und einen sehr offenen Kulturbegriff erfolgt. Und in dem Zusammenhang möchte ich dann eben sagen, dass unsere Zustimmung zu den Kulturförderungen auch ein Vertrauensvorschuss ist an sie. Nämlich ein Vertrauensvorschuss verbunden mit der Hoffnung, dass sie diesem Vertrauensvorschuss auch bei der angekündigten Evaluierung gerecht werden. In dem

Sinn danke für dieses Gemeinderatsstück, für die, glaube ich sehr gut ausgesuchten Kulturförderungen und wir werden diesem Stück gerne zustimmen (*Appl.*).

GRⁱⁿ Braunersreuther:

Sehr geehrte KollegInnen, sehr geehrte ZuhörerInnen. Auch ich möchte mich im Namen meiner Fraktion für dieses Stück bedanken. Dieses Stück ist auch natürlich dank der Abteilung ein gutes Stück, aber auch weil der Herr Stadtrat etwas gemacht hat, was vorbildlich ist. Er hat sich nämlich an die Empfehlung der kompetenten Fachbeiräte in diesem wirklich vorbildlichen Fachbeiratssystem gehalten und es muss nicht ein jeder wissen, was Qualität von der Kulturarbeit kostet, aber, Armin Sippel, dort kann man, wenn man nicht zu den Institutionen selbst hingehen will, kann man dort spätestens da nachfragen bzw. eben deren Empfehlungen folgen und das machen wir in Graz zum Glück. Das haben sich eben viele Städte von Graz abgeschaut und deswegen stimmen wir diesem Stück auch zu. Wir sind sehr froh, dass hier so kompetent entschieden wurde, weil wenn ich hier so Sachen höre, Kürzungen mit Kritik in Verbindung gebracht wird, was ich für äußerst wenig demokratisch halte, dann muss ich sagen, da ist nicht sehr viel Kompetenz da. Und ich wundere mich ein wenig über die Argumentation, denn im Kulturausschuss hat der eigentlich für Kultur zuständige Berno Mogel gesagt: Es habe dieser Ablehnung nichts mit dem, ich zitiere, hysterischen Getue um das Forum Stadtpark zu tun. Jetzt wird es von dem Kollegen Sippel hier aber ganz massiv eingebracht. Das wundert mich aus zwei Gründen, nämlich einmal auch wegen dem Begriff hysterisch. Der bezieht sich bekanntermaßen auf die Hyste, das ist die weibliche Gebärmutter, eigentlich sexistisch, Freud'scher Begriff. Es ist aber nur der Herr Sippel, der irgendwie sich da so uns, wenn ich dann eben solche Aussagen höre, dass Kultur an Akzeptanz gemessen werden soll, habe ich auch schon im Beirat, wenn wir das in der Vergangenheit machen würden, dann hätten wir heute nicht so hochakzeptierte Ausstellungen wie von Schiele z. Bsp. oder auch keine Mozartopern. Denn die haben zu ihrer Lebzeit auch keine Akzeptanz in Form von Besucherzahlen oder an großer Zustimmung erfahren. Kultur muss man von

Fachleuten beurteilen lassen, wie sich eben ihre Qualität darstellt, das ist hier geschehen und deswegen nochmals vielen Dank für dieses gute Stück (*Allgem. Appl.*).

GRⁱⁿ Kopera:

Werter Herr Bürgermeister, hohe Stadtregierung, geschätzte Gäste auf der Galerie, geschätzte Leiterin des Forum Stadtparks, liebe Kolleginnen und Kollegen. Als Vorsitzende des Kulturausschusses möchte ich wieder etwas auf die Sachebene kommen und, ohne auf lokale Details einzugehen, versuchen, den Unterschied zwischen Kultur und Kunst darzulegen und warum das wichtig ist. Die Kultur einer Gesellschaft repräsentiert die Gesamtheit ihrer geistigen künstlerischen und gestalterischen Leistungen. In dieser Dunstglocke, in der wir uns da befinden, unterliegen wir bzw. unterliegt die Kultur einem ständigen Wandel und die zeitgenössische Kunst trägt wesentlich dazu bei. Dies aber nicht nur aus sich selbst heraus, sondern aus einem wunderbaren Wechselspiel, der Musik, darstellende und bildende Kunst mit allen ihren Subgattungen entwickeln sich aus der jeweiligen Situation bei Gesellschaft und allen möglichen Einflüssen aus dem gesamten Universum. In einer Demokratie, in der wir Gott sei Dank leben, hat die Kunst den Freiraum ihre Kreativität zu entwickeln und auszuleben. Dies muss nicht immer allen gefallen und darf zur Diskussion anregen. Und so wie in jeder Familie man unterschiedlicher Meinung sein kann, kann das natürlich auch in einer Koalition sein. Deshalb leben wir Demokratie und diskutieren wir konstruktiv. Als ein Beispiel aus der Geschichte des letzten Jahrhunderts möchte ich nennen: Wenn man damals zu seiner Zeit den verpönten Egon Schiele nicht zugelassen hätte, gäbe es heute die Strömung der Wiener Moderne nicht. Ohne Förderung kann die Kunst ihre Kreativität nicht leben und deshalb lege ich Ihnen nahe, diesem Stück zuzustimmen (*Allgem. Appl.*).

Robosch:

Geschätzte Damen und Herren auf der Galerie und hier unten. Ich möchte ganz am Anfang sagen für das Gemeinderatsstück, danke für diese Zahlen in diesem Gemeinderatsstück, allen voran danke an unseren Stadtrat, aber auch an das Kulturamt, vor allem weil die Aufbereitung dieses Jahr eine extrem angenehme und auch verständliche Art und Weise gefunden hat. Aber leider haben wir uns schon beim letzten Gemeinderat gedacht, wie der Kulturausschuss unterbrochen und dann fortgeführt wurde und das Stück von der Tagesordnung genommen wurde, scheinbar gibt es da ein bisschen Koalitionsehekrach.

*Zwischenruf Bgm.-Stv Mag. **Eustacchio**: Falsch gedacht.*

Robosch:

Und jetzt scheinbar, wenn das jetzt endlich einmal im benutzten koalitionsfreien Raum erklärt wird, sagt das sehr, sehr viel aus über eure Kultureinschätzungen und über eure Kulturpolitik und eurer Weltbild dahinter. Ich möchte mich auch den Kultursprecherinnen der KPÖ und der Grünen-Fraktion anschließen und versuchen, nichts weiter zu wiederholen, weil sie haben die Dinge schon sehr gut ausgeführt, aber ich möchte jetzt gerade noch einmal die Gelegenheit benutzen und die Lanze für eine der ältesten Kultureinrichtungen in Graz brechen und für eine Leiterin, die sehr oft unseren Sitzungen beiwohnt, als ob man kann nicht behaupten, dass sie sich verschließt, dass das Forum Stadtpark eine Burg statt ein Forum ist. Wir haben diese Angriffe auf das Forum schon sehr oft erlebt. 2018 mehrmals, wenn es einen Antrag gegeben hat, der was, weiß ich, auf einen Kongress anspielt, den das Forum nur als Vermieter der Räumlichkeiten quasi veranstaltet hat, wenn es andere Anträge und Anfragen von vor allem eurer Seite gegen das Forum Stadtpark gibt, dann merkt man einfach ein Muster, dass ihr jede Kleinigkeit benutzt, um gegen das Forum vor allem politisch zu wettern. Und das ist jetzt wieder eine dieser Chancen, wo ihr das nutzt,

damit man gegen das Forum Stadtpark und gegen die vermeintliche politische Vereinnahmung des Forum Stadtparks ist. Zur Aufklärung, ich weiß, Armin, du bist nicht auf den Donnerstags-Demos, das kannst du auch nicht wissen, aber die Donnerstag-Demos werden von einem parteienübergreifenden und von einem parteienunabhängigen Bündnis ausgerichtet.

Zwischenruf GR Sippel: Ich lege den Verkehr in Graz nicht lahm.

Robosch:

Genau, du bist auch derjenige, der die Versammlungsfreiheit in Graz einschränken will, weil sie nicht passt. Das war auch dein Antrag hier im Gemeinderat.

Zwischenruf GR Sippel: Du hast mir zugehört?

Robosch:

Und dann zu sagen, das Forum Stadtpark lasse sich politisch vereinnahmen. Sie sind natürlich politisch und stellen auch, Gott sei Dank, den Stellenwert an unsere Kultur, dass sie sehr wohl politisch sein dürfen. Aber sie sind bei Gott nicht parteipolitisch. Und hier auch zu sagen, ja dann müssen wir das evaluieren, weil die Fachbeiräte. Du hast jetzt gerade vorhergesagt, das Verhalten von Kultureinrichtungen ist feig. Weißt, wer feig ist? Du bist feig, weil du dich da herstellst und sagst, wir müssen das alles evaluieren. Du solltest dich da herstellen und sagen, was du willst. Du willst kein Fachbeiräte-System, du willst die Kulturförderungen ändern, damit nur mehr Kulturförderungen die bekommen, die dir in dein Weltbild passen (*Allgem. Appl.*).

Bgm. Nagl:

Demokratie ist manchmal wirklich spannend. Vor allem, wenn man sie selbst miterleben und gestalten darf. Wenn zufällig die grüne Tiroler Verkehrslandesrätin jetzt Tirol mit Seilbahnen zum Sprung für städtische Verkehrsmittel propagiert und die Grüne Fraktion (*lacht*) uns hier herinnen erzählt, dass wir fortschrittlicher sein sollten (*lacht*). Es ist wirklich spannend, es ist auch sehr spannend, Demokratie manchmal auszuhalten, weil es manchmal wehtun kann. Es tut manchmal wirklich weh. Ich nenne ein Beispiel, Donnerstag-Demonstrationen wie heute. Da herinnen gibt es Wortmeldungen, wir sollen in puncto Mobilität und Verkehr endlich was tun. Die heutige Demonstration, zu der auch viele aufgerufen haben, die hier herinnen sitzen und die Fraktionen aufgerufen haben, haben Graz heute lahmgelegt.

Undeutliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

Bgm. Nagl:

Es geht da zu in der Demokratie, aber vielleicht kann man in der Demokratie ein bisschen was dazulernen. Nämlich zu sagen, ich kann schon demonstrieren, aber muss deswegen der Handelsangestellte seinen Job verlieren auf Dauer, muss deswegen die Dame, die zum Arzt will, mit dem öffentlichen Verkehrsmittel nicht weiterkommen, müssen Schüler, die genau am Nachmittag von der Nachmittagsbetreuung nach Hause wollen, plötzlich irgendwo in der Stadt aussteigen? Kann nur appellieren, lernen wir etwas dazu und machen wir eine Demo, aber vielleicht nicht immer genau dort, wo es alle Menschen richtig trifft. Das ist das eine (*Allgem. Appl.*). Ich sage es nur. Und jetzt komme ich, warum? Warum begleite ich so ein? Auch in der Kulturpolitik müssen wir beweisen, dass wir demokratiefähig sind. Und ich finde gerade das, was heute passiert, da geht es um Demokratie, das tut weh, mehr habe ich nicht gesagt. Und das tut weh, immer weniger Geschäfte zu haben und mit den Geschäftsleuten als Wirtschaftsreferent zu sprechen, die sagen: Ich gehe jetzt auch in Einkaufszentren, weil da habe

ich viele Störfaktoren nicht mehr. Das ist ein Thema, das wir in ganz Österreich schon haben und dann wundern wir uns, dass der Stadtkern ein Problem kriegt. Aber jetzt komme ich zurück zur Kulturfrage. Auch da ist Demokratie wichtig und ich glaube, dass die Stadt Graz mit allen ihren Fraktionen zeigt, wie es gehen kann. Und in der Kulturpolitik oder in der Kultur- und Kunstfrage überhaupt politisch eine Meinung zu haben, ist ja brandgefährlich. Das können nur Expertinnen und Experten sagen. Die Frage, wie Bürgerinnen und Bürger Kunst und Kultur wahrnehmen, wird auch kaum gestellt. Und ich glaube, dass es zulässig ist. Ich habe mich auch so geäußert, auch nach immer wiederkehrenden Gesprächen, vor allem auch mit dem Forum Stadtpark, dass wir auch darum, gemeinsam auch zu einem Gespräch gekommen sind, wofür ich dankbar bin. Da geht es auch demokratisch nachzudenken, ob man Kulturpolitik und Kultur überhaupt und Künstlerinnen und Künstler kritisieren darf. Ich habe gesagt: Der Kunst ihre Freiheit, aber auch allen die Freiheit zur Kunstkritik und Kulturkritik (*Allgem. Appl.*). Und ich habe schon einmal mir erlaubt, auch einmal zu sagen, wir haben ein Kunsthaus in Graz gebaut und, lieber Herr Intendant Pakesch, ich habe so das Gefühl, es geht keiner mehr hin. Ich weiß, was ich damals erlebt habe und ich kann Gott sei Dank sagen, dass der Herr Pakesch und ich freundschaftlich auch immer auseinandergegangen sind, aber es war heftig aufgrund dessen, dass ich gesagt habe, es gilt aber auch, Kunst und Kultur zu vermitteln, haben dann schöne Debatten im Kunsthaus gehabt. Manche von Ihnen waren dabei. Und wenn dann junge Menschen, die extra eingeladen wurden vom Kunsthaus, in der Diskussion dabei zu sein, gesagt haben, ein Super-Gebäude, ich habe keine Ahnung, wo es stattfindet, es steht eigentlich in Graz nur rum, hat das, glaube ich, allen zu denken gegeben, Herr Pakesch hat es damals auch noch einmal anders gesehen. Aber es geht auch darum, Kunst und Kultur zu vermitteln und dort habe ich, wenn ich so sagen darf, auch mit dem Forum Stadtpark das Gespräch gesucht und wir haben uns auch darauf geeinigt, dass wir darüber nachdenken, wie man das verändern kann. Dass sofort ein kommerzielles Café daraus gemacht wurde aus dem Vorschlag, ich habe es ja auch schon einmal gemacht vor ein paar Jahren, war nicht richtig. Auch im Gespräch unter sechs Augen, das stattgefunden hat, haben wir klar gesagt, wie können wir dazu beitragen, dass

vielleicht mehr Menschen in dieser Stadt auch wissen, was im Forum Stadtpark, aber auch in anderen Kultureinrichtungen, wir haben auch bei dem Prozess, kann ich alle beruhigen, es nicht nur um das Forum Stadtpark gegangen, wir haben uns genau angeschaut, welche mehrjährigen Förderungen jetzt da dabei sind und wir haben dann auch entschieden, es wäre gut, es hier heute zu machen, diese Verträge für die nächsten drei Jahre, weil damit auch etwas zum Ausdruck kommt, was mir auch gut gefällt. Die FPÖ hat heute wieder einmal bewiesen, nebst den fünf Millionen für das Jahr 2020, dass sie eine andere Meinung hat, aber nicht verhindern will, dass Graz als Kulturstadt weiter wahrgenommen wird, sogar verstärkt wahrgenommen, weil es geht um mehr Geld für die Kultur, sowohl 2020 als auch für die Mehrjahresverträge. Und wenn sie sagen, sie können aus ihren Überlegungen heraus nicht mitgehen, sie geben das frei, dann ist das eine der besten Gschichtln. Weil das funktioniert in vielen anderen Koalitionen weltweit nicht, dass man sich auch einen koalitionsfreien Raum nach längeren Gesprächen sichern kann und absichern kann, dass diese Institutionen dann auch den Weg gehen werden. Wir haben einen Kulturreferenten, der in der Diskussion aus meiner Sicht auch großartig agiert hat, der das Stück heute einbringt und ich habe keine Sorge, dass dieses Stück eine Mehrheit kriegen wird, aber ich bin auch froh, einen Partner zu haben, der überhaupt absichert, dass wir diese Gelder jetzt vergeben können, weil dazu braucht es nicht nur ein mehrjähriges Budget, sondern vor allem auch das Budget 19, dass man es auszahlen können. Und so gesehen würde ich wieder sagen, bitte in der Frage abrüsten mit dem Forum Stadtpark. Biete das auch dem Forum Stadtpark bewusst an, vermehrt in das Gespräch zu kommen. Ich habe Sie und euch auch gebeten, in der Gesamtentwicklung rund um das Forum Stadtpark auch im Stadtpark mitzuwirken. Wir werden einige Veränderungen haben. Die Nachpflanzungen haben jetzt einmal zum Teil schon stattgefunden, aber wir werden auch ein Stück demnächst auf der Tagesordnung haben, wo es um den Abriss des ehemaligen Verkehrserziehungshäusels dort geht und dass wir unseren ganzen Stützpunkt neu ordnen und vielleicht da auch etwas Neues anbieten. Wir haben schon öfter darüber debattiert, dass das Forum Stadtpark einen Portier bräuchte, aber da geht auch noch um viel, was man im Stadtpark vielleicht verändern kann. Das werden

wir auch gemeinsam entwickeln, das hat der Kulturreferent neben der Evaluierung der nächsten Jahre im Kulturbereich auch zugesagt und wir werden den Prozess fortführen.

StR Riegler:

Ja danke. Herr Bürgermeister hat schon vieles gesagt, was ich auch so sehe und ich habe mir überlegt, ob ich eben das auch sagen soll. Ich glaube, ein Bekenntnis, das ich heute loswerden möchte und in diesem Saal auch für wichtig finde, möchte ich schon loswerden und das ist das, dass ich mir gerade in der Kulturpolitik von Anfang an immer als Maxime gelegt habe, dass ich Parteipolitik von Sachpolitik trenne. Also ich gehe sicher nicht her und entscheide danach, ob ich glaube, dass irgendeine bestimmte Institution was gegen unsere Regierung hat oder eben von unserer politischen Gesinnung sei. Das spielt für mich keine Rolle, sondern in der politischen Entscheidung soll zunächst einmal, in der kulturpolitischen Entscheidung soll zunächst einmal gelten, was sozusagen relevant, was künstlerisch wertvoll, was innovativ ist und was auch handwerklich toll ist und was künstlerisch auch magisch ist und künstlerisch wertvoll ist. Dennoch will ich mir dann aber umgekehrt auch wünschen, das habe ich auch in einem Brief dem Forum Stadtpark geschrieben und der Frau Primas geschrieben und wir sind, glaube ich, in einem sehr guten Gedankenaustausch, dass ich es umgekehrt mir auch wünschen würde, sehr klar zwischen Sach- und Parteipolitik zu trennen, wenn es um die Kritik geht. Denn natürlich, wenn ich etwa als Hochschulmanager, der ich früher war, der Meinung bin, ich bin gegen Studiengebühren, dann habe ich mich nicht verschwiegen und habe als Manager eine politische Position vertreten. Ich habe aber deswegen jetzt nicht den jeweiligen Minister oder die jeweiligen Bundeskanzler angegriffen. Was ich ehrlich gesagt nicht schön gefunden habe, ist, dass man für eine Organisation, für eine Institution, in dem Fall das Forum Stadtpark, dazu aufruft, gegen eine ganz bestimmte parteipolitische Regierung aufzutreten, das Posting, um das es ging, aber auch eben tatsächlich gerichtet gegen die türkisblaue Regierung, nicht für ein bestimmtes politisches Anliegen. Das habe ich

auch mitgeteilt und da muss ich auch sagen, das ist irgendwo für mich eine Grenzüberschreitung gegeben gewesen und das habe ich mitgeteilt. Nichtsdestotrotz bin ich sehr, sehr dankbar, dass wir einen Weg gefunden haben, dass wir gewissermaßen in dieser Frage, was diese Förderverträge betrifft, auch einen koalitionsfreien Raum beanspruchen können, denn ich glaube, dass man insgesamt in der Kulturpolitik durchaus einen koalitionsfreien Raum haben kann und haben soll, weil es durchaus auch unterschiedlich Zugänge geben kann. Herr Bürgermeister-Stellvertreter hat das heute schon einmal gesagt, wir sind ja keine Einheitspartei, nur weil wir in einer Koalition sind. Abschließend, Kunst kann einen ästhetischen Eigenwert haben, ein schönes Musikstück, das uns berührt, ein Gedicht, das uns berührt, aber in aller Regel hat Kunst natürlich auch einen gesellschaftlichen zulässigerweise, einen gesellschaftlichen Narrativ-Faktor, wenn Sie Salome anschauen, die Oper, wenn Sie Figaros Hochzeit anschauen. Egon Schiele wurde schon genannt, Günter Brus und Hermann Nitsch sind heute ausdekoriert mit sämtlichen Ehrenzeichen des Landes und des Bundes. Die waren natürlich auch zu der Zeit, in der sie eben mit ihren Arbeiten aufgetreten sind, nicht unbedingt middle oft the road und der eine oder andere hat vielleicht auch seine eigene politische Gesinnung gehabt.

Ich danke jedenfalls dafür, dass wir diesen koalitionsfreien Raum beanspruchen können. Bekenne mich zur Freiheit der Kunst, aber eben auch, ganz wie es der Herr Bürgermeister sagt, durchaus auch dazu, dass man in einem Diskurs auch Kritik äußern dürfen soll. Bitte um Ihre Annahme (*Allgem. Appl.*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

Bgm. Nagl:

Bevor wir zum vertraulichen nicht öffentlichen Teil kommen, möchte ich die Gelegenheit jetzt beim Schopfe packen und mich bei zwei Persönlichkeiten bedanken, die heute das quasi das letzte Mal im Gemeinderat sind bzw. hätten sein können. Ich möchte mich auch in ihrer Abwesenheit bei Frau Stadträtin Tina Wirnsberger für die Zusammenarbeit bedanken. Ich hoffe, sie ist heute gesundheitlich leider verhindert, dass der Beweggrund ihres Rücktrittes, nämlich ihr gesundheitlicher Zustand, sich möglichst bald bessern möge, dass es ihr gut ergehen möge und dass sie die politische Zeit, die sie mit uns verbracht hat, letzten Endes dann auch positiv mitnimmt in ihr Leben, ein Dankschön an sie auch in Abwesenheit. Ich habe dann wahrscheinlich noch Gelegenheit, mich im Stadtsenat von ihr persönlich und im Namen der Stadtregierung und auch in Ihrem Namen dann zu verabschieden und ihr danke zu sagen (*Allgem. Appl.*).

Nachdem wir im letzten Gemeinderat einen Kollegen zum Abteilungsvorstand ab 1. Jänner auch berufen haben und seinen Vorgänger heute schon verabschiedet haben, nämlich Gerhard Peinhaupt, möchte ich namens der Stadtregierung und ich glaube, in ihrem Namen, Herrn GR Thomas Rajakovics für die vielen, vielen Jahre der Zusammenarbeit aufrichtig danke sagen. Wie Sie wissen oder vielleicht auch nicht wissen, ist Thomas Rajakovics vor vielen Jahr zu mir gekommen, nachdem er in Österreich, ich würde fast sagen, damals in einer sehr kleinen Gruppe eine unglaubliche Leistung für Kärnten und die Steiermark erbracht hat. Er war nämlich auch nach seiner Ausbildung zum Theologen unterwegs und hat in einem grausamen Krieg in unserem damaligen Nachbarstaat Jugoslawien die vielen Flüchtlinge, die es damals gegeben hat, in Österreich aufgenommen und betreut. Er war bei der Caritas der Flüchtlingsbeauftragte für Steiermark und Kärnten und hat, in dieser Zeit eben war er nicht Lehrer, sondern hat gesagt, ich möchte helfen und diese Hilfsbereitschaft kennen alle gut, die vom Thomas jemals etwas gebraucht haben. Ich möchte mich bei dir bedanken, weil du hast letzten Endes auch an meiner Seite sowohl als mein Sprachrohr nach außen, als mein Pressesprecher, aber auch als Persönlichkeit bei mir im Team im Bürgermeisteramt sehr viel einbringen können, von dem wir alle profitiert

haben und da nehme ich mich nicht aus. Du hast eingebracht dein unglaubliches Wissen für den interreligiösen Dialog dieser Stadt. Du hast im Gesamtbereich des Dialoges der Friedensarbeit der Stadtentwicklung, also auch Stadtteilarbeit, ein unglaubliches Know-how, aber auch bei allen Kolleginnen und Kollegen ein unheimliches Standing. Du bist auch in unserer Fraktion der gewesen, der sich im Sozialbereich besonders gut ausgekannt hat. Wir als Fraktion, aber, ich glaube, auch der Gemeinderat verlieren mit dir eine große Persönlichkeit im politischen Leben. Du hast Graz mitgestaltet, du hast auch Geschichte geschrieben. Irgendwann kommt der Moment, wo man vom Bürgermeister die Geschichte der Stadt Graz überreicht bekommt. Jetzt ist es soweit. Ich danke dir für diese vielen, vielen Jahre des Mitstreitens, des Mitdiskutierens, aber auch dafür, dass du all das, was du in dir hast, mit Freude immer eingebracht hast. Und wir wünschen dir und letzten Endes auch uns, dass im Sportbereich, war ja immer dein großes Ziel, wo du im Sportbereich jetzt all das einbringen kannst, wofür du so brennst. Ich glaube, du wirst ein toller Abteilungsvorstand werden, wieder mit einem kleinen Team, aber wirst wieder Großes bewegen. Danke vielmals im Namen der Stadt Graz und alles Gute von uns (*Allgem. Appl.*).

GR Rajkovics:

Danke, das ist ganz lieb, dass man Standing ovations bekommt. Ich hoffe, Sie sind wirklich dafür, weil ich mich bemüht habe, außerhalb der Diskussionen, die da im Gemeinderat stattfinden, ja in jedem von euch nicht einen lästigen Mitstreiter zu sehen, der einfach ein Anliegen hat und dem es gleich wie mir darum geht, dass die Stadt gut dasteht. Deshalb fühle ich mich sehr geehrt über den stehenden Applaus. Mag sein, dass der eine oder andere ganz froh ist, dass er nur mehr einmal applaudieren muss, wenn ich jetzt dann gehe, weil ich vielleicht auch das eine oder andere Mal etwas lauter dazwischengerufen habe. Aber ich glaube, gerade der Gemeinderat und Demokratie lebt auch davon, dass es ein bisschen eine Stimmung gibt und die Stimmung soll gerade in einer Auseinandersetzung da im Gemeinderat bleiben

und nie auf eine persönliche Ebene gehen. Der Bürgermeister hat schon gesagt, ich habe ein irrsinniges Glück in meinem Leben, ich weiß nicht warum, ist halt so. Im Leben ist etwas passiert, während man etwas anders plant, eigentlich wollte ich Religion- und Turnlehrer werden. Und dann hat sich das ergeben, dass ich bei der Caritas gelandet bin, beim Zivildienst und zwar 94 und gerade die große Flüchtlingswelle. Das war natürlich auch eine Herausforderung und da habe ich ganz viel gelernt, nebenbei auch als Zivildienstler dann meine jetzige Frau kennengelernt. Sie war Flüchtling, ich war Zivildienstler. Und ich habe das Glück gehabt, in meiner Pfarre den Erich Edegger kennenzulernen, der gesagt hat, komme zur ÖVP, das passt, du passt in diese Partei rein. Und deshalb bin ich 99 dann, obwohl ich bei der Caritas war, was später bei der Kirche nicht mehr so leicht gegangen ist, auch Gemeinderat geworden und habe das mit einer Unterbrechung von einem Jahr, zwischen 2008 und 2009, auch bleiben dürfen. Damals ist es sich gerade nicht ausgegangen, obwohl ich, wie ich gekommen bin, war man drittstärkste Partei in diesem Gemeinderat und dann waren wir jetzt hintereinander viermal die stärkste Partei. Das ist schon eine große Leistung, hat mir irrsinnig getaugt, dass ich in diesem Gemeinderat auch einiges mitgestalten und mitbewegen konnte.

Drei Sachen habe ich mir gemerkt, wo ich das Gefühl habe, das hat wirklich etwas Nachhaltiges bewirkt. Und ich bin überzeugt davon, jeder von euch hat auch irgendwo so Punkte, wo er sagt, ok, das, das bleibt wenigstens. Das eine ist ein bisschen anschließend an die Kulturdebatte. Ich kann mich erinnern, dass es ein großes Problem gegeben hat, dass das BBC, Sound Portal und Explosiv, dass diese Sachen gefördert werden, weil der Beirat gemeint hat, dass ist quasi so Popkultur und so, das ist nicht ganz das, was aus dem Kulturbudget gefördert werden soll. Und dann habe ich das dem Finanzstadtrat, damals Siegfried Nagl, gefragt, ob ich nicht doch einen dringlichen Antrag machen kann, ob er es bedecken würde, wenn man über einen dringlichen Antrag doch noch in das Kulturbudget reinbringen. Damals war der Peter Grabensberger, mit dem ich mich sehr gute heute verstehe, fuchsteufelswild, wie es so etwas gibt, dass man als Gemeinderat einfach da herausgeht und dann über sein Budget, zwar nicht über seines, sondern über ein zusätzliches Budget abstimmen lässt

und das BBC gibt es bis heute noch, ich glaube, es ist eine tolle Einrichtung. Das Zweite, was mir irrsinnig getaugt hat, was funktioniert hat, war die Welle in der Mur, da hat es auch lange geheißt, das geht nicht, man kann ja in der Mur nicht surfen, bis es halt dann doch gegangen ist. Und das Dritte, was mich auch freut, das ist mir persönlich auch wichtig, weil ich glaube, dass es für Graz eine Riesenerweiterung ist, generell, ich glaube, dass Sprachen eine große Rolle spielen und dass, je mehr Sprachen in einer Stadt gesprochen werden, bei allem, dass jeder Deutsch können muss, einfach das ein Riesenvorteil ist, damit sich eine Stadt international bewähren kann. Dass uns damals gelungen ist, auch eine bilinguale Volksschule zu errichten, in der Volksschule Geidorf mit Kroatisch und Deutsch. Das sind die Dinge, die einen irrsinnig freuen und am meisten freut es mich, dass ich einen Chef als Bürgermeister gehabt habe, der ein Rieservertrauen zu mir hat, für den ich vieles sagen darf dürfen. Manchmal bin ich selber überrascht gewesen von seinen, wie hat er gesagt, Luftschlössern, die dann allesamt irgendwann einmal Realität geworden sind. Und das ist schön mitzuerleben. Ich habe auch das Glück gehabt, wie er, dass man halt in ganz verschiedenen Konstellationen zusammengearbeitet haben, mit der Grünenfraktion, wo ganz viel weitergegangen ist. Und ich glaube, auch durch diese Zusammenarbeit, die in dieser Koalition, aber bin ich darauf gekommen, dass eigentlich wirklich alle, die dasitzen, gute Ideen haben und was einbringen. Das ist einmal so. Und man kann stolz sein, dass man unter die 48 gewählt wird von inzwischen ja 292.000 Hauptwohnsitzbewohnern, dass man da sitzen darf, dass man da mitstimmen darf, dass man da Anträge bringen kann. Das ist ein tolles Gefühl und ich war das sehr gern. Und deshalb möchte ich mich heute bei euch, bin ja fast mit allen per du, eigentlich mit allen, bei euch bedanken für manche Streiterei, auch für Ideen, die ihr mir nahegebracht habt, dass ihr andere Sachen besser versteht, kein Mensch ist mit der Weisheit auf die Welt gekommen, sondern es wichtig, auch zuzuhören. Gibt ja den Spruch: Es muss einen Grund geben, warum der Mensch zwei Ohren hat und nur einen Mund. Also es kommt ja doch ein bisschen auf das Zuhören an. Ich glaube, es ist eine ganz wesentliche Eigenschaft, die Politik haben sollte. Das habe ich auch hier gelernt. Auch wenn es nicht immer leicht war, aber das Zuhören war schon wichtig und ich bedanke mich und hoffe, dass ich

viele von euch im Süden der Stadt in den Katakomben der Merkur-Arena begrüßen kann und dass ich auch ein offenes Ohr als Sportamtsleiter dann haben werde, wenn es darum geht, dass ihr das eine oder andere Projekt, das vielleicht toll für den Sport wäre, hier im Gemeinderat auch da mitbeschließt. Ich wünsche euch alles Gute, danke, und der Bürgermeister hat einmal gesagt: Er hat, ich weiß nicht mehr von wem gehört, wenn du in die Politik gehst, zwei Regeln: Rede laute, damit dich alle verstehen und rede kurz, damit dich alle mögen.

Ich wünsche euch noch einen schönen Advent und frohe Weihnachten (*Allgem. Appl.*).

Bgm. Nagl:

Es war ein sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter, der mir das damals gesagt hat.